

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Tolerierungspolitik, ihr Ursprung und das Ergebnis

## Verspielt!

Die Front Otto Braun—Brüning und das Schicksal der Arbeiterklasse

Berlin, 7. Dezember 1931.

Nach dem durchaus negativen Ergebnis, das am Freitagnachmittag der Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, Herz, Hilferding und Graßmann beschieden war, ist von sozialdemokratischer Seite geflissentlich die Lesart verbreitet worden, die SPD werde jetzt, da der Reichskanzler sich zu Konzessionen nicht bereitgefunden habe, keine weiteren Verhandlungen mehr führen, in der kommenden Woche die Einberufung des Reichstages erzwingen und alsbald die Opposition abmarschieren.

Diese Lesart stellt die Tatsachen auf den Kopf. „Verhandlungen“ — oder wie man das sonst nennen will — zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler werden nach wie vor geführt; allerdings ist der im Interesse der SPD verhandelnde Partner eine Persönlichkeit, die organisatorisch nicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört. Dieser geheimnisvolle Verhandler, der als Gegenspieler Brüning's funktioniert, mit dem einen Ziel, den Reichskanzler dafür zu stimmen, auch weiterhin die Tolerierung durch Breitscheid und Genossen zu dulden, auch ohne daß er Gegenleistungen gegenständlicher Art verspricht, ist kein anderer als der Vertrauensmann des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, ist der eben ernannte Finanzminister des Freistaates Preußen, Herr Otto Klepper.

### Hinter den Kulissen

Von Berthold Jacob

Am 13. Oktober 1930 trat der vier Wochen zuvor gewählte Reichstag unter turbulenten Ausschreitungen der Nazis im Plenarsaal wie auf der Straße zu seiner ersten Sitzung zusammen. Während im Zentrum der Stadt die Schaufensterscheiben der großen Warenhäuser unter den Steinwürfen des nationalsozialistischen Straßenpöbels splitterten, führten die Berliner Metallarbeiter in ihren Betrieben die Urabstimmung durch, die über Annahme oder Ablehnung des am 10. Oktober gefällten Schiedsspruches des Schlichters Völker-Bremen entscheiden sollte, der eine Senkung der Löhne um 6 Prozent vorsah. Am Abend dieses Tages stand fest, daß die Metallarbeiter den Schiedsspruch mit Dreiviertelmajorität ablehnten. Der ADGB hatte verkündet, er müsse „in dem Schiedsspruch die Absicht erkennen, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen“.

### Italienreise?

Wien, 7. Dezember.

Adolf Hitler ist heute das österreichische Visum für die Durchreise nach Ungarn und Italien bewilligt worden.

In den nächsten Tagen, also am 14., 15 und 16. Oktober, legten in Berlin 140 000 Metallarbeiter die Arbeit nieder. Während aber dieser große Streik sich ausbreitete, wurde in den Fraktionszimmern und in den Wandelgängen des Reichstagshauses der Kuhhandel abgeschlossen, der dem Reichskanzler Brüning und seiner Regierung die Durchführung ihres Vorhabens ermöglichte, die im Wahlkampf siegreich gebliebene Partei der Nationalsozialisten von der Regierungsteilnahme auszuschalten. Das Kabinett Brüning, das — dem Reichstag trotzend — seine Notverordnung in der parlamentslosen Zeit vor der Wahl neu aufgelegt hatte, war gestürzt, wenn jetzt die Sozialdemokratie ihrer Wahlkampfpapole treu blieb. In diesem Fall hätte einer der parlamentarischen Führer der NSDAP mit der Regierungsbildung betraut werden müssen. Herrschten aber die Nazis in der Reichsregierung, so wäre auch die Lebensdauer des preußischen Parlaments nicht mehr lang bemessen gewesen. Aus dem Wahn, daß die nationalsozialistische Welle ebenso rasch abfluten werde wie sie sich plötzlich emporgetürmt hatte, erwuchs hier also bei zwei

regierenden Mächten, der des Reichs und der von Preußen, gleicherweise der Wunsch, das Wahlergebnis zu ignorieren und notfalls unter Anwendung diktatorischer Mittel weiter zu regieren.

Die für den 16. Oktober berufene Fraktions-sitzung der Sozialdemokraten war von dem Fraktionsführer Hermann Müller entsprechend vorbereitet worden. Wir wissen heute jedoch, daß der entscheidende Anstoß zur Einleitung jener Politik, die nachmals unter dem Namen „Tolerierungspolitik“ eine für die Arbeiter-schaft so verhängnisvolle Bedeutung erlangt

hat, nicht der Initiative der sozialdemokratischen Fraktionsführung entsprang.

Dieser Funke sprang vielmehr von der in Preußen unumschränkt herrschenden Stelle in die Reichstagsfraktion über und der Vater der Tolerierung wurde so der „große Staatsmann“ der deutschen Sozialdemokratie, der preußische Ministerpräsident Otto Braun. Er war in diesen Tagen beraten von dem Reichsminister a. D. Carl Severing und — von Herrn Otto Klepper, dem Präsidenten der Preußenkasse, der noch im Kapp-Putsch mit der Waffe in der Hand für die Gegenrevolution aufgetreten war.

Wir sind heute noch nicht in der Lage, auf die Stunde genau den Termin zu fixieren, an dem Ministerpräsident Braun die Tolerierungspolitik erfand. Wir kennen nur den Tag; es war der 15. Oktober 1930. An diesem Tage erschien Herr Klepper beim Reichskanzler Brüning und bat ihn, in Brauns Namen um seine Intervention im Streik der Metallarbeiter. Das verhängnisvolle Spiel hatte begonnen. Gleich nach dem 14. September, jedenfalls sobald sich die Parteiführer von dem ersten Nazischrecken erholt hatten, war schon davon gesprochen worden, das Kabinett Brüning künstlich am Leben zu erhalten. Gestalt gewannen diese Pläne aber erst am 15. Oktober.

Die Herren Brüning und Klepper haben sich nicht allsogleich geeinigt. Tagelang gingen die Besprechungen her und hin. Es scheint, daß Dr. Brüning für seine vermittelnde Tätigkeit im Metall-Konflikt poli-

tische Vorleistungen der Reichstags-Sozialdemokraten verlangt hat. Am 16. und am 17. Oktober beriet die SPD-Fraktion. Die Genossen Portune, Rosenfeld, Seydewitz und Siemsen widersprachen aufs schärfste den Vorschlägen des Fraktionsführers Hermann Müller, die von Otto Braun und Severing immer wieder bestärkt und mit neuen Argumenten versehen wurden. Breitscheid's Haltung war widerspruchsvoll und schwankend. Rückschauend muß die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß er, damals schon neben Müller Vorsitzender der Fraktion, von diesem unheilvollen Mann, aber auch von Braun und von dem damals unbeamteten Severing, den wir als den Mitspieler und Mitwisser des preußischen Ministerpräsidenten anzusprechen haben, über den ganzen Umfang der Verhandlungen mit dem Kanzler nie unterrichtet worden ist, vielleicht nicht einmal über

die Tatsache des Abkommens Brüning—Klepper.

Schließlich hat Breitscheid nicht nur der Einleitung der Tolerierungspolitik zugestimmt, sondern auch den Appell an die Fraktionslinke gerichtet, das einheitliche und geschlossene Auftreten der Fraktion nicht durch gesonderte Abstimmung zu gefährden.

So sah denn die entscheidende Abstimmung vom 18. Oktober, die über kein Vertrauensvotum für das Kabinett Brüning zu befinden hatte, sondern bloß den Uebergang zur Tagesordnung über die Mißtrauensvoten der Kommunisten, der Nazis und der Hugenberger

## Brüning will bleiben!

Ein Ruffel an Hitler — Eine Rundfunkrede Groeners

Berlin, 7. Dezember 1931.

Von allen Seiten kommen Alarmnachrichten, die offensichtlich keine andere Grundlage haben als die Panik, die in gewissen Gemütern durch Hitlers überraschende Erklärungen in seiner Konferenz mit der angelsächsischen Presse hervorgerufen worden ist. An manchem Ort, so anscheinend in Paris, werden Hitlers Worte bereits als eine Art „Regierungserklärung“ gewertet, wozu nicht wenig die Kopflösigkeit der Reichsregierung und insonderheit die Kopflösigkeit ihrer Presseabteilung beigetragen haben mag, die — auf der anderen Seite des Berliner Wilhelmplatzes! — erst zu einer Stunde Kenntnis von Hitlers Teestunde im Hotel Kaiserhof erhielt, als schon die Worte des „Führers“ über die transozeanischen Kabel liefen.

Die den Zentrumsministern nahestehende „Kölnische Volkszeitung“ fordert unter der Beleidigtsein atmenden Ueberschrift „Hitlers Dolchstoßversuch“, daß Klarheit darüber wiederhergestellt werden müsse, daß man (das Ausland also!) es auch in der Zukunft mit der Reichsregierung Brüning — und nicht mit einem Kabinett Hitler zu tun habe. — Das Blatt fordert die Reichsregierung auf, klar und deutlich zu erklären, daß sie — und nur sie allein — dem Ausland gegenüber Deutschlands Interessen zu vertreten habe und daß es neben den Vertretern der Reichsgewalt keine andere Macht gäbe, mit der das Ausland zu rechnen habe.

Eine solche Erklärung hat bis jetzt die Reichsregierung nicht abgegeben, und der Eindruck des Auslandes, daß Herr Hitler dicht vor der Schwelle zur Macht stünde, kann nach den verschiedenartigen Liebes-

erklärungen Brüning's wie Groeners für Hitler und nach dem ganzen Aufzug der Kaiserhof-Konferenz (an dem die Reichsregierung lernen könnte, wie so etwas gemacht wird!) auch kaum mehr abgeschwächt werden.

Etwas ganz anderes ist es um die Realität des von Hitler in bedingter Form ausgesprochenen Wunsches, daß er noch vor Jahresende die Macht im Reiche zu erlangen hoffe. Möglich ist natürlich auch das. Wenn der Fall eintreten sollte, der zunächst noch als der unwahrscheinlichste Fall bezeichnet werden muß, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einem Antrage auf Einberufung des Reichstages zustimmt, und wenn sie dann auch noch einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning zustimmen sollte, so könnte dadurch Brüning noch in diesem Jahr zur Umbildung des Kabinetts gezwungen werden. Ob Brüning sich allerdings in diese Zwangslage bringen läßt, ist sehr fraglich. Auch dann aber dürfte die Regierung nicht ausschließlich mit Hitlerleuten besetzt werden können. Die zu einer Koalition Kreuz-Hakenkreuz erforderlichen Vorarbeiten sind ja schon erheblich weit gediehen.

Wahrscheinlich ist, daß der Uebergang der NSDAP in die Regierung erst im Januar oder gar erst im März, nach der Pariser Reparationskonferenz, vollzogen werden wird. Diese Möglichkeiten wären dann um so mehr gegeben, wenn Hitler auf seine alte Forderung: Erst Neuwahlen im Reich, dann Uebernahme der Macht! — nicht Verzicht geleistet haben sollte.

Andererseits sagt die Reichsregierung durch ihren stärksten Mund, nämlich Herrn

Groener, daß sie die Flinte nicht ins Korn werfen werde.

„Ihr Verantwortungsbewußtsein gibt ihr die Kraft, auf ihrem Posten zu bleiben“. Sie werde bis zum Letzten ausharren (ein witziger Hörer des Innenwehrministers meinte: „Also doch bloß bis Ultimo Dezember!“) und alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen. . . .

Danach scheint es, daß die Regierung Brüning entschlossen ist, sich mit allen Mitteln an der Macht zu halten und auch vor einer eventuellen Einberufung des Reichstages, ja womöglich vor einem Mißtrauensvotum, nicht zu kapitalisieren. Brüning hält zur Zeit noch alle parlamentarischen Trümpfe in seiner Hand, sowohl gegen die Sozialdemokraten wie gegen die Nationalsozialisten; überdies hat die Sozialdemokratie bereits erkennen lassen, daß sie einer Regierung Hitler-Brüning als dem kleineren Uebel gegenüber einer Alleinherrschaft Hitlers

keine ernsthaften Schwierigkeiten machen wird; sie wird zwar zweifellos parlamentarisch in die Opposition gehen; aber was wird das heißen bei der „Bedeutung“ des Parlaments! Sie werden jedenfalls keinen außerparlamentarischen Widerstand der Arbeiter organisieren, werden ein bißchen an der Politik herummeckern und im übrigen weiter stillhalten. Brüning braucht also dank dieser Politik der SPD nichts zu fürchten. Das gibt ihm das Kraftbewußtsein, das auch aus Groeners gestriger Rede klingt. Er will bleiben, will die Macht behalten, und er wird die Nationalsozialisten daran beteiligen, wann und wie es ihm im Gesamtinteresse der Bourgeoisie am richtigsten erscheint.

gegen das amtierende Kabinett votieren sollte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Front der 318 Stimmen, die Brüning ermächtigen, ohne formale Verletzung parlamentarischer Rechte im Amt zu bleiben.

Vom gleichen Tage, dem 18. Oktober, datiert das definitive Abkommen Brüning-Klepper. Es stipuliert die Voraussetzungen der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Kanzler Brüning als politischer Person einerseits und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der preussischen Regierung andererseits. Der Reichskanzler verpflichtete sich allein, für einen andern Schiedsspruch im Metallarbeiterstreik zu sorgen. Das „Abkommen“ trägt keinerlei Unterschriften. Es sind vielfach Leitsätze, die von beiden Verhandlungspartnern als Voraussetzung einer Politik akzeptiert wurden, deren einziges Ziel war, die Nationalsozialisten aus der Regierung heraus zu halten, und in Preußen das bestehende Regime zunächst zu erhalten. Die deutsche Sozialdemokratie, vertreten durch die Staatsgewalt Preußens, die ihrerseits wiederum ihre Kompetenzen auf einen, dem Ministerpräsidenten Braun verpflichteten, wohl auch persönlich nahestehenden, aber der sozialdemokratischen Partei auf jeden Fall ganz fernstehenden Beamten delegiert hatte, kapitulierte mit dem Reichskanzler, und gleichzeitig kapitulierten sie vor ihm.

Der empörende Umstand, daß über Lebensinteressen der sozialdemokratischen Arbeiter bindend verhandelt wurde von einem Manne, der selbst dieser sozialdemokratischen Partei nicht einmal als Mitglied angehörte, blieb im Dunkeln.

Der Tag, der dem Abkommen Brüning-Klepper folgte, war ein Sonntag. In der Woche danach, die mit dem 20. Oktober begann, wirkten sich die Abmachungen weiter aus. Am 22. Oktober 1930 wurde Karl Severing an Stelle des Professors Waentig wieder Innenminister Preußens. Seine Ernennung erfolgte völlig überraschend selbst für die hohe Bürokratie des Amtes. Sie war aber ein logischer Vorgang. Minister Waentig hatte sich, wie wir heute wissen, geweigert, ein Spiel mitzuspielen, das allen Grundregeln der Demokratie Hohn sprach. Er sah in der Ausschaltung der Nationalsozialisten von verantwortlicher Mitregierung den Anfang vom Ende der preußisch-deutschen Demokratie. Er mißbilligte die Duldungspolitik, die nicht nur die Regierung Brüning, sondern auch deren mit der Verfassung selbst in offenbarem Widerspruch befindliche Notverordnungen „toleriert“. Der Ministerpräsident des Freistaates Preußen, gewillt, sich durch keinen Widerstand und durch keinen Widerspruch in der Durchführung seiner unheilvollen Pläne hemmen zu lassen, entließ Professor Waentig kurzerhand aus seinem Amte und ernannte den immer willfährigen Severing in die entscheidende preußische Position, einen Mann also, der nach seinem ganzen amtlichen Vorleben dem Reichskanzler Brüning der genehmteste Inhaber der preußischen Exekutive sein mußte.

Am 23. Oktober begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen mit dem Ziel, den Streik der Berliner Metallarbeiter beizulegen. Voraufgegangen war nach Zeitungsnachrichten am Mittag dieses Tages eine Besprechung des Reichskanzlers mit den führenden Persönlichkeiten der Berliner Metallindustrie. Diese Besprechung währte 4½ Stunden. Ein Ergebnis hat Reichskanzler Brüning jedoch von den Borsig und Konsorten nicht heimgebracht. Am nächsten Tage (24. Oktober) war der Reichskanzler bei Herrn von Hindenburg, um ihm über das Ergebnis seiner Besprechung mit den Industriellen zu berichten. Am 27. Oktober begannen Verhandlungen eines Zehner-Ausschusses, der von Metallindustrie und Metallarbeitern mit je fünf Vertretern besetzt war. Diese Verhandlungen wurden von beiden Seiten unter größter Diskretion geführt. Auf Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministers, Ministerialdirektor Mewes, wurde am 28. Oktober, nachdem der Streik mit voller Kraft bereits über vierzehn Tage geführt worden war, ein Uebereinkommen erzielt, wonach die Arbeit zunächst zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden sollte. Die endgültige Festsetzung der Tarife sollte durch eine neue Schlichtungsstelle nach deren von beiden Seiten von vornherein als verbindlich anerkannten Schiedsspruch erfolgen. Damit hatten sich die Metallarbeiter ausgeliefert.

Als am 8. November 1930 diese neue Schlichtungsstelle, bestehend aus dem früheren Reichsarbeitsminister und Kaplan Brauns als Vorsitzenden, dem Professor Sinzheimer-Frankfurt als Vertreter der Metallarbeiter und dem Oberbürgermeister Jares-Duisburg als Vertreter der Unternehmer ihren Schiedsspruch gefällt hatte, der zunächst eine dreiprozentige Lohnkürzung vorsah,

die alsbald durch einen weit kräftigeren Lohnabstrich ergänzt werden sollte.

da empfand die Arbeiterschaft diesen Spruch nach einer Entschließung des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes als „offenen Betrug“ und als „Provokation“. Sie ahnte nicht, wie weit der Betrug reichte.

In der Entschließung hieß es nach dieser Charakterisierung des Schiedsspruchs weiter:

„Der erweiterte Beirat hat kein Verständnis für das Verhalten des von dem Verband benannten Unparteiischen Professor Dr. Sinzheimer, der durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch, auch wenn er damit den Zweck verfolgte, einen noch schlimmeren zu verhindern, die Verantwortung für denselben mit übernommen und damit die beiden anderen Unparteiischen entlastet hat.“

# Protestaktion gegen Japan

## Auf dem kommunistischen Gewerkschaftskongreß

Moekau (über Kowno), 7. Dezember.

Die am Sonnabend in Moekau eröffnete achte Tagung der Gewerkschaftsinternationale hat in ihren Sitzungen am Sonntag die Berichte der Vertreter Japans und Chinas entgegengenommen. Beide hoben übereinstimmend hervor,

daß die Besetzung der Mandschurei durch Japan eines der Ziele des japanischen Imperialismus sei, dem der organisierte Widerstand der werktätigen Massen in beiden Staaten entgegenzusetzen werden müsse.

Insbesondere der Vertreter Chinas forderte eine Verschärfung der Propaganda in China zur aktiven Abwehr der japanischen Eindringlinge. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an alle Werktätigen in der ganzen Welt zu richten, um Massen-Protestkundgebungen gegen die „imperialistische Intervention Japans gegen China“ zu organisieren.

Vom Völkerbundsrat ist nichts Neues zu berichten. Man berät und berät, um China geneigt zu machen, sich den Bedingungen zu fügen. Der chinesische Vertreter Dr. Sze hat seiner Regierung sein Amt zur Verfügung gestellt, diese jedoch eine Abberufung abge-

lehnt. Die „Einigung“ soll eben auf Kosten Chinas gehen, wogegen die Chinesen sich mit Recht bis zum äußersten wehren.

30 000 chinesische Studenten haben am Sonntag, wie „Daily Mail“ aus Schanghai meldet, in Nanking eine Kundgebung für einen Krieg gegen Japan veranstaltet.

Die Lage war so bedrohlich, daß der Kriegszustand erklärt werden und Truppen bereitgestellt werden mußten. 300 Studenten wurden festgenommen.

In Peking haben, nach der „Daily Mail“, 2000 Studenten den Bahnhof besetzt. Dasselbe wird aus Tientsin gemeldet.

Nach den Meldungen aus Tokio und Mukden sind neue Bestrebungen im Gange, die Unabhängigkeit der Mandschurei von China auszurufen.

Die Führer der japanfreundlichen gesinnenden mandchurischen Kreise sollen in Tokio den Boden vorbereiten, um eine neue Regierung in Mukden zu bilden, die der Mandschurei eine eigene, von Nanking unabhängige Verfassung zu geben hätte. Die Tokioter Zeitungen heben hervor, daß bis zur Bildung dieser unabhängigen Regierung die

Militärdiktatur in Mukden herrschen werde.

## Eine Frage an das Statistische Reichsamt

Die „gesunkenen“ Lebenshaltungskosten: Eine Zweckstatistik.

Gesamtlebenshaltungskosten seit November 1929 angeblich um 13,7 vH. gesunken. — Berechnungen des Statistischen Reichsamts.

Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen in 72 Gemeinden zugrunde gelegt worden sind, über den Preisstand im Vergleich zwischen dem November 1931 und dem November 1929 ergeben folgende Zahlen, wobei man annehmen darf, daß diese Zahlen auch bei den gegenwärtigen Bestrebungen der Reichsregierung zur Senkung noch überhöhter Preise eine Rolle spielen werden: für Brot und Mehl insgesamt trotz einer Erhöhung des Preisstandes für Weizen und Kleingebäck minus 3,3 vH., bei Nahrungsmitteln insgesamt (also Graupen, Haferflocken, Zucker, Reis, Erbsen usw.) minus 14,9 vH., Kartoffeln minus 18,1, Gemüse minus 37,1 vH., Fleisch, Fleischwaren und Fisch zusammen minus 31,1 vH., bei Milch, Milchzeugnissen und Margarine minus 25 vH., Eier minus 24 vH.; aus allen diesen Faktoren insgesamt berechnet ein Minus von 20,4 vH. Unter Wohnung ist allerdings ein Plus von 4 vH. festzustellen, bei Heizung und Licht ein Minus von 2,4 vH., bei Bekleidung insgesamt ein Minus von 22,7 vH., bei Verkehr wiederum ein Plus von 3,6 vH. Die Gesamtlebenshaltung ohne Wohnung ist danach gegenüber dem November 1929 um 17,4 vH. gefallen, die gesamte Lebenshaltung einschließlich Wohnung um 13,7 vH. Es handelt sich dabei durchweg um Haushalte bis zu 3600 RM. Jahreseinkommen, die im Jahre 1928 z. B. für 85 vH. der Bevölkerung in Frage kamen, im Jahre 1931 dagegen entsprechend den inzwischen gesunkenen Gehältern und Tariflöhnen für 90 bis 95 vH. der deutschen Bevölkerung. Am Gesamtlebensstand sind beteiligt: Ernährung zu 50 vH., Wohnung zu 20 vH., Bekleidung zu 10 vH., Heizung und Beleuchtung zu 6 vH., der Rest, einschließlich des allerdings besonders in den Großstädten verteuerten Verkehrs, für sonstige Bedürfnisse.

Diese Berechnungen sind einfach eine Irreführung der Öffentlichkeit, die wohl nicht zufällig in diesem Augenblick inszeniert wird. Die Indexberechnung beruht auf Preisfeststellungen in den Städten, die zumeist recht unvollkommen und tendenziös sind. Es ist uns bekannt, daß vielfach zum Beispiel starke Preisschwankungen in den kommunalen statistischen Aemtern „ausgeglichen“

werden und die Erhebungsquellen zwar auf verschiedene Stadtgebiete verteilt sind, aber nicht genügend den teuren Kleinkäufen der Arbeiterschaft Rechnung tragen.

Die entscheidende Fehlerquelle aber ist die Berechnung des Kostenindex selbst, der auf den Konsum eines „Indexmenschen“ zugeschnitten ist, den es niemals gegeben hat. Die Zusammensetzung des Haushaltes, dessen Kosten der Berechnung des Index zugrunde gelegt werden, ist völlig sinnlos und durch eigene Erhebungen des Statistischen Reichsamts widerlegt.

Das Statistische Reichsamt hat vor einiger Zeit Untersuchungen darüber anstellen lassen, wie die Indexberechnung geändert werden müßte. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist niemals an das Licht der Öffentlichkeit gelangt. Man wird das Reichsamt, das gewissen Stellen zu so gelegener Zeit eine fertige Statistik über die Haushaltsverbilligung auf den Tisch legt, nach dem Verbleib und Ergebnis dieser Untersuchungen fragen müssen.

## Hilfeschrei aus allen Himmelsrichtungen

Stuttgart, 7. Dezember.

Die württembergische Regierung hat bei der Reichsregierung beantragt, einen Vollstreckungsschutz, wie er im Osthilfegesetz der Landwirtschaft des Ostens gegeben wird, in ähnlichem Ausmaß auch der süddeutschen Landwirtschaft zu gewähren.

Ost-, West-, Nord- und Südhilfe — von allen Seiten der Schrei einer untergehenden Produktion. Hilfe wäre, wollte man das kapitalistische System retten, überall notwendig. Aber man kann sie nirgends mehr leisten, weil das System selbst im Zusammenbruch begriffen ist.

## Eine versunkene Klasse

München, 5. Dezember 31

Auf der Jahrestagung des Wirtschaftsbeirates der Bayerischen Volkspartei befaßte

Damit war die bereits gefallene Entscheidung umgeworfen; sie wurde alsbald durch einen neuen Fraktionsbeschuß in ihr Gegenteil verkehrt.

Wer von den Fraktionsmitgliedern, die dieser Sitzung beiwohnten, hat wohl damals gehaut, in wie schwerwiegender Weise Otto Braun das Geschick der sozialdemokratischen Arbeiter an den durch seine und Kleppers Abmachung mit Brüning verknüpften Bestand seiner Regierung gekoppelt hatte? — Daß der Fraktionsvorsitzende Breitscheid auch in der Nachmittagssitzung zu der überstimten Minorität gehörte, mag als Beweis für die vorhin angedeutete Möglichkeit gelten, daß er von Hermann Müller und Otto Braun im Oktober 1930 über den Umfang der Abmachungen mit Brüning nicht informiert worden ist.

Im Zusammenbruch der Tolerierungspolitik, der sich heute überdeutlich manifestiert, im Zusammenbruch aller Hoffnungen auch auf schnellen Niedergang der Nazi-Welle, finden sich die beiden Führer der Preußen-Regierung wie zwei Hazardeure, die ihr letztes Spielgeld — nein, nicht einmal ihr Geld, sondern die Interessen, die ihnen Millionen gutgläubiger, bis aufs Blut ausgebeuteter Arbeiter anvertraut hatten —

sich das Vorstandsmitglied Dr. Schmitt mit den Problemen einer produktiven Mittelstandspolitik. Da man heute in einem unerhörten Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Religion und Gottlosigkeit stehe, sei die Pflege des Mittelstandes von eminenter grundlegender Bedeutung. Im Kreditwesen, in der Einstellung zur Öffentlichkeit und in der Politik der Banken müsse eine Umkehr zur mittelständischen Wirtschaft, zur Einzelwirtschaft erfolgen. —

Vergebliche Hoffnung! Ein Zurück gibt es nicht in der Geschichte; eine versunkene Epoche ist nicht wieder zum Leben zu wecken. Es gibt nur ein Vorwärts! Und das heißt: Vergesellschaftung der zum Großbetrieb herangewachsenen Produktionsmittel, das ist der Sozialismus!

## Der Triumph der Polizeigehirne

Karlsruhe, 7. Dezember.

Der Minister des Innern hat angesichts der Tatsache, daß in Versammlungen radikaler Parteien und Organisationen nach wie vor zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, im Interesse der Staatsautorität Anweisung gegeben, daß Versammlungen, in denen, wenn auch nur in verschleierter Form, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen sind. Versammlungen, bei denen solche Verstöße befohlen werden müssen, können vorbeugend verboten oder jedenfalls nur unter Ausschluß solcher Redner zugelassen werden, die zu Gewalttätigkeiten auffordern.

## Der Kurs der Deutschen Volkspartei

Hannover, 6. Dezember 1931.

Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonntag in Hannover eine Reichskonferenz ab, an der 344 Personen teilnahmen. Gegen 14 Stimmen wurde schärfste Opposition gegen Brüning beschlossen, die Abkehr von der Sozialdemokratie und die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung gefordert.

## Der legale Terror in Danzig

Danzig, 6. Dezember.

Das Gericht verurteilte den Redakteur der „Danziger Volksstimme“, Brost, Werbeleiter Ewert und Geschäftsführer Fookon zu je vier Monaten Gefängnis. Die Umwandlung der Strafe in eine Geldstrafe wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Strafaussetzung. Die „Danziger Volksstimme“ hatte im August dieses Jahres, als sie vom Polizeipräsidenten verboten war, Ersatzblätter herausgebracht und verbreitet. Hierin wurde ein Verstoß gegen das Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ordnung erblickt.

## Notverordnung wird gefunkt

Der Reichskanzler wird am Dienstag vor das Mikrophon treten und die große Winter-Notverordnung ankündigen. Es ist nicht bekannt geworden, ob er glaubt, daß das deutsche Volk, wenn es die Stimme seines Herrn vernimmt, seine Prügel leichter ertragen wird, oder ob er glaubt, daß bei Drucklegung der Notverordnung die Notverordnung bereits durch die weitere Verschärfung der Krise und durch die Erhöhung des Defizits überholt sein würde und daß er deshalb den schnelleren Weg des Funks wählt.

## Das Erwachen der Kolonialvölker

Brüssel, 5. Dezember.

Die Aufstandsbewegung im belgischen Kongo-Gebiet hat sich in den letzten Tagen weiter ausgebreitet. Auf dem linken Ufer des Flusses Sankuru sind alle Eingeborenen bewaffnet. Die Schiffe der Flußtransportgesellschaften sind ständigen Angriffen ausgesetzt.

auf eine ihrem überhitzten Hirn gewinnbringend scheinende schwarze Zahl gesetzt haben. Aber die weiße Schicksalskugel hat nicht bei Zéro stillgehalten. Alles Hoffen auf Gewinn des Spieles ist zerflattert wie Rauch vor dem Wind. Eben noch hat Otto Braun versucht, den Bankhalter, dem er das Letzte anvertraut, dadurch an die Erfüllung der vorgegaukelten Versprechungen zu mahnen, daß er den Verhandler — Klepper — in ministerielle Stellung erhob. Auch das wird nichts nützen. Das Spiel um hohen Einsatz, das der preußische Ministerpräsident leichtfertig begann, ist verloren. Hier wird nichts mehr gerettet werden. Den Verlust wird allerdings nicht Otto Braun tragen, sondern die Arbeiterschaft, auf deren Rücken er sein frevelhaftes Spiel gespielt hat.

Die Tatsachen sprechen eine harte Sprache. So gewiß es ist, daß aus eigenem Entschluß die Führung der Sozialdemokratie ihre Abkehr von der Tolerierungspolitik nicht finden kann, so notwendig wäre es doch, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die nun wissen, um welchen Preis die Politik der Tolerierung eingeleitet und geführt wurde, sich selbst und ihr Schicksal von dieser verderbbringenden Politik und der Partei, die unlösbar mit ihr verbunden bleibt, scheiden!

Noch ist es nicht zu spät!

**4-Pfennig-Stücke**

Die deutsche Reichsregierung sehnt sich nach einer Lohnherabsetzung. Einer, die sie diktieren kann, selbstverständlich. Das ist aber nicht auffällig, das tut sie immer.

Zufällig sickern aber auch Gerüchte durch, daß geplant ist, das Vierpfennigstück einzuführen. Bisher war der mit Recht allgemein beliebte Fünfer die gangbarste Kleinmünze, jetzt wird die Regierung sparsam auf ihre alten Tage.

Im Grunde genommen ist es genial. Statt mit Fünfpfennigstücken zählt man seine Ware jetzt nur noch mit Vierpfennigstücken, und wenn man nicht genau hinschaut, sieht das fast wie eine Preisherabsetzung aus.

Und dann (bitte geben Sie gut acht): Vier Pfennig sind ein Vierer. Zwei Vierer sind ein Groschen, zehn Groschen sind eine Mark.

Stimmt. Oder wollen Sie behaupten...? Unterstehen Sie sich. Auf diese Weise wird eine Lohnherabsetzung von 20 Prozent geradezu ein Vergnügen für Arbeitnehmer. Man merkt sie einfach nicht! Wenn man bedenkt, daß die Regierung eigentlich gar keine solchen Umwege zu machen brauchte! Aber so ist sie nun einmal.

Außerdem aber ist die neue Regelung von eminentem Wert für die zu erwartende deutsche Zukunft. Was im kommenden Dritten Reich den im Kopfrechnen schwachen Söhnen Teuts und Göbbels immerhin Kopferbrechen hätte machen können — das Viertel der Bank- und Börsenjuden samt Bankkonto, das wird nun wenigstens mathematisch stark erleichtert sein.

Für die Gegenwart aber sind die Bettler die Geschädigten: sie kriegen niemals ihren Fünfer mehr, sondern nur noch die vier Pfennige. Denn wo sollte man sonst sparen?

**Stand des Lübecker Impfprozesses**

H. F. Lübeck, 7. Dezember.

Ist Professor Much ein Genie? — Zu denen, die diese Frage lebhaft bejahen, gehört vor allen Dingen Herr Hans Much selber, Sachverständiger im Calmetteprozeß. Zu den vielen, die aber daran zweifeln, gehört Dr. Fritz Solmitz, der diese seine Meinung auch im „Lübecker Volksboten“ kundtat. Die Folge: Prof. Much klagt gegen Dr. Solmitz. Er will also seine Genialität vor Gericht beweisen. Und sein Vertreter ist ausgerechnet Herr Dr. Wittern, der auch den größten Teil der Elternschaft vertritt. Dabei ist Prof. Much Sachverständiger der Angeklagten. Geschäft ist Geschäft und — Skandal ist eben bei manchen Leuten kein Skandal!

Am Dienstag mußte der Prozeß geschlossen werden, es wurde zu kalt in der Hauptturnhalle. Man begann mit dem Prozeß, als noch warme Herbsttage waren, man wird ihn schließen, wenn die Frühlingssonne schon wieder scheint. Wir hätten einen Vorschlag: peitscht den Prozeß etwas schneller durch, denn es wird geredet, von Sachverständigen und Advokaten um die Wette. Das Gericht entscheidet: es werden zwei neue Oefen gesetzt...

Wenn die achte Verhandlungswoche etwas Wesentliches ergab, so waren es allerlei Widersprüche der Angeklagten. Am Mittwoch wurde Prof. Bold von der Kieler



**Strategen fües „Dritte Reich“**

Deutschland — das ist die politische Kleinkinderbewahranstalt, das Land, wo ein Hitler die große Geige spielen kann. Wundert sich da jemand, daß die tapferen Haudegen, da sie im Moment Frankreich nicht siegreich schlagen können, wenigstens Bleisoldaten „umlegen“? Ja, es gibt in Deutschland einen Verein der Zinnsoldatensammler, deren heimlicher Chef, wie gemunkelt wird, einen hohen militärischen Rang einnimmt, wenn er auch schon längst pensioniert ist und für den aktiven Heeresdienst nicht mehr in Frage kommt. Ob die Beobachtung der Bleisoldatenspieler auch unter das von Herrn Groener vorbereitete Landesvertragsgesetz fällt, darüber waren amtliche Informationen nicht zu erhalten.

Universität über den dortigen Tuberkelbazillenstamm vernommen, von dem an Lübeck abgegeben wurde. Baran anschließend sagte die Angeklagte Anna Schütze aus, die im Brutschrank durch Ueberhitzung vernichteten Tuberkeln hätten keinen Namen gehabt, während sie sich früher unter Berufung auf ihr Berufsgeheimnis weigerte, den Namen des Stammes zu nennen. — Am Donnerstag stand bei den Aussagen Senator Eckholdts, des vertretenden Vorsitzenden des Gesundheitsamtes, die Frage zur Verhandlung, was nach dem 26. April geschah, als durch den Tod des Kindes Schwarz ein einwandfreier Zusammenhang zwischen Impfung und Tod sich herausstellte. Prof. Deyke hat damals den Impfstoff wegschütten lassen und Altstädte benachrichtigt. Dr. Altstädte gab Senator Eckholdt „schon“ am 6. Mai Nachricht, am 13. Mai trat dann der Gesundheitsrat zusammen. „Immer langsam voran“ ging es bei der Lübecker Gesundheitsbehörde. Auf Zwischenfragen Dr. Indes wurde Eckholdt zum günstigen Leumundszeugen für Prof. Deyke; das Verhältnis Deyke-Klotz konnte auch er nicht als glücklich bezeichnen. Oberarzt Jannasch war am 28. April bei Deyke, der ihm damals zwei Kulturen zeigte: den BCG und menschliche Tuberkelbazillen, die bekanntlich in einem Schrank aufgestellt waren. Deyke hat gesagt, es sei doch keine Verwechslung möglich, schon wegen des verschiedenen schnellen Wachstums der Kulturen nicht.

Der Freitag ergab mehrere Widersprüche: erstens über die eben angedeuteten Vorgänge im Laboratorium, zweitens zwischen Dr. Risom und Dr. Jannasch über die Calmette-Aussprache im Aerztlichen Verein, drittens über den Fall des Kindes Griese, das schon vor Einführung des Verfahrens mit BCG gefüttert wurde. Viertens schließlich widersprach Prof. Klotz sich selbst. — In der kurzen Sonnabendverhandlung ergab die Vernehmung des Jugendamtdirektors nichts Neues.

**Die Meineidsseuche**

Wegen eines Sofas ein Jahr Zuchthaus.

M.L.D. Neuruppin, 6. Dezember.

Wegen Meineides hatte sich vor dem hiesigen Schwurgericht der Pantinenmacher Richard Schmidt aus Wittstock zu verantworten. In einem ihm abgenommenen Offenbarungseid beschwor er, daß er nicht wisse, wo sich das Sofa befinde. In Wirklichkeit hatte er es bei einer Freundin untergestellt, um es nicht seiner geschiedenen Frau ausliefern zu müssen. Das Schwurgericht verhängte die beantragte gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust.

**Soll es so weitergehen?**

Verzweiflungstat eines Arbeitslosen

Bukarest, 5. Dezember.

Ein 50jähriger Mechaniker der Gaiatzer Tabakfabrik, der mit anderen Arbeitern infolge Arbeitsmangels entlassen wurde, beging gestern eine furchtbare Verzweiflungstat. Er stürzte sich vor den Augen seiner Arbeitskollegen in einen Kessel kochenden Wassers und konnte nur mit furchtbaren Brandwunden geborgen werden.

**Was die TU. zugibt**

„Günstige Arbeits- und Verdienstverhältnisse“ in Rußland

TU. Kopenhagen, 5. Dezember.

In der nächsten Zeit wird eine größere Anzahl dänischer Werftarbeiter, die von der Kopenhagener Schiffswerft Burmeister & Wain entlassen sind, nach Rußland auswandern. Es handelt sich um ein organisiertes Unternehmen, zu dessen Durchführung einige

Sowjetvertreter nach Kopenhagen kommen. Eine Anzahl von Spezialarbeitern ist bereits auf eigene Faust nach Rußland gezogen und hat dort günstige Arbeits- und Verdienstverhältnisse vorgefunden. Die dänischen Arbeiter werden in erster Linie als Arbeitsleiter verwendet, um russische Arbeiter auszubilden.

Wir geben diese Meldung der „Telegraphen-Union“ Hugenbergs im Wortlaut wieder, weil das schwerindustrielle Nachrichtenbüro durch seine Antisowjetpropaganda bekannt ist. Wenn sogar diese kapitalistische Presse zentrale „günstige Arbeits- und Verdienstverhältnisse“ in Rußland einräumen muß: wie verlogen muß dann erst die Hetze der sozialdemokratischen Presse sein!

**Ein Symbol der Bourgeoisie fliegt in die Luft**

Aus Moskau wird gemeldet: Die Erlöserkathedrale ist am Sonnabend nachmittags durch sechs Ladungen Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die Explosion war so gewaltig, daß sie in der ganzen Stadt zu vernehmen war. Im Umkreis von vielen hundert Metern ging ein Regen von Staub und Mauerteilen nieder. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen und das ganze Stadtviertel abgesperrt.

Die Erlöserkathedrale wurde im Jahre 1812 zur Erinnerung an den Brand Moskaus und den Zusammenbruch des napoleonischen Feldzuges errichtet. Schon vor längerer Zeit war das Gold der fünf riesigen Kuppeln abgenommen und die Kunstwerke aus der Kirche entfernt worden. An die Stelle der Kathedrale soll nun ein Kongreßgebäude der größten Ausmaße errichtet werden.

**Doppelmord**

Eggenfelden (Niederbayern), 7. Dez.

Während des gestrigen Vormittags-Gottesdienstes ist im Dorfe Ober-Bubach eine Mordtat verübt worden. In dem einsam gelegenen, von Wald umgebenen Haus des Krämers Frey wurden nach dem Gottesdienst dessen 24jährige ledige Tochter Babette und deren drei Jahre alte Nichte ermordet aufgefunden. Die Leiche der Babette Frey war durch Messerstiche entsetzlich zugerichtet. Das Kind, das der Mörder offenbar beim Spiel in der Küche überrascht hatte, war ebenfalls durch mehrere Stiche getötet worden. Von den Tätern fehlt jede Spur. Aus der Ladenkasse sind 20 bis 30 Mark geraubt worden.

**Sturm über Dänemark**

Kopenhagen, 7. Dezember.

Am Sonntag wurde ganz Dänemark von einem heftigen Südweststurm heimgesucht. In vielen Orten wurden Dächer von den Häusern gerissen und an den Telephonleitungen großer Schaden angerichtet. In Esbjerg wurde am Vormittag Windstärke 10 verzeichnet. Das Wasser im Hafen ist über die Ufer getreten. Etwa ein Dutzend Fischerkutter befinden sich auf hoher See. Meldungen über Verluste an Menschenleben liegen nicht vor.

**An unsere Berichterstatter**

Es häufen sich die Sendungen, die infolge mangelhafter Frankierung unnötige Kosten und Verzögerungen durch Straforto verursachen. Wir bitten alle Postsendungen richtig zu frankieren.

Redaktion und Verlag der SAZ.

**Die in ihre Hände fallen...!**

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grefenverlag Rudolstadt)

19. Fortsetzung

„So, also verstockt wollen Sie auch noch sein. Sie haben doch eine Schwester, die schon einmal bei der Polizei angezeigt war.“

„Ja, das hat der Kerl getan, der bei uns im Hause wohnt, der Hammer.“

„Was fällt denn Ihnen ein! Der Mann ist ein staatlicher Kriminalbeamter.“

„Deswegen ist's doch eine Gemeinheit.“

„Das müssen Sie schon ihm überlassen. Also Sie geben zu, daß Ihre Schwester schon einmal bei der Polizei angezeigt war?“

„Zweimal sogar.“

„Und da finden Sie gar nichts dahinter?“

„Da kann doch ich nichts dazu und meine Schwester auch nicht, wenn die Leute so gemein sind. Es war ja gar kein Grund dazu da. Und immer wollen sie uns etwas antun, sogar unsere Katze haben sie uns vergiftet, die Baders. Mit Strychnin. Der Tierarzt hat's gesagt, daß es Strychnin war.“

„Können Sie das beweisen?“

„Beweisen, nein, die hat sich schon nicht erwischen lassen, aber getan hat sie's deswegen doch, die Bader.“

„Wenn Sie auch noch andere verdächtigen, so verschlechtern Sie nur Ihre Lage.“

Ein strenger Beamtenblick sollte das Mädchen einschüchtern. Dann fuhr der Richter fort:

„Sie sollen immer erst nachts um zwei Uhr nach Hause kommen und betrunken sein.“

„Ich?“ fragte Auguste erstaunt.

„Ja Sie, wer denn sonst?“

„Da hört aber doch alles auf, ja, glauben Sie denn, ich könnte jeden Tag früh um acht Uhr in meinem Geschäft sein und den ganzen Tag arbeiten, wenn ich immer nachts um zwei Uhr betrunken heimkäme.“

„Das ist alles möglich,“ war des Richters Antwort, „wollen Sie also wirklich nicht zugeben, daß Sie, wenn auch nicht immer, so doch mitunter um zwei Uhr nachts nach Hause kommen und betrunken sind.“

„Wie kann ich denn so einen Blödsinn zugeben.“

„Auch recht,“ sagte der Richter. „Schreiben Sie, Herr Protokollführer: Der Vorgeladene wurde vorgehalten, daß nach den Angaben in der Anzeige und nach den glaubwürdigen Bekundungen der als Zeugen vernommenen Nachbarn sie jede Nacht um zwei Uhr betrunken nach Hause kommt und dann Lärm macht. Die Vorgeladene leugnet dies entschieden. Trotz aller Ermahnung, die Wahrheit zu bekennen, bleibt sie auf ihrem Leugnen hartnäckig bestehen.“

„Geben Sie das wenigstens zu, daß nachts in der Wohnung geläut wird“ fuhr er in seiner Fragestellung fort.

„Ausgeschlossen, wir schlafen ja alle, da können wir doch nicht läutern.“

„Es war doch erst kürzlich ein Schutzmann in der Wohnung und hat Ihre Schwester hier-

wegen verwahrt. Fahren Sie fort, Herr Protokollführer: Die Vorgeladene stellt in Abrede, daß nachts in der Wohnung geläut würde; auf Vorhalt muß sie allerdings zugestehen, daß erst kürzlich ein Schutzmann in der Wohnung war und ihre Schwester wegen Ruhestörung verwahrt hat.“

„Jetzt ein anderes Kapitel,“ fuhr der Richter fort, „die Zeugin Frau Bader hat ausgesagt, sie habe einmal mit eigenen Augen gesehen, wie ein junger Mann, etwa zwanzig Jahre alt, hoch aufgeschossen, mit schwarzen Haaren und einem Kneifer auf der Nase, Sie, die Auguste Wehner, abends nach Geschäftsschluß bis an das Haus begleitet hat, und daß er sich mit einem Kuß von Ihnen verabschiedet hat; was sagen Sie dazu?“

Auguste war feuerrot geworden. Sie schaute verlegen zur Wand.

„Diesmal scheint das Leugnen aufzuhören,“ meinte der Richter hohnlächelnd.

Auguste schwieg.

Der Richter diktierte seinem Protokollführer in die Schreibmaschine:

„Auf den Vorhalt, daß sie einmal vor dem Hause Ziegelstraße 1 von einem jungen Mann geküßt worden sei, gibt die Vorgeladene keine Antwort. Sie trägt aber bei diesem Vorhalt ein so betretenes Wesen zur Schau, daß man daraus die Richtigkeit des Vorhaltes entnehmen kann.“

„Ist's richtig so,“ fragte der Richter, „oder wollen Sie nicht doch lieber ein offenes Geständnis ablegen.“

„Ja,“ schrie Auguste hinaus, „er hat mich geküßt.“

„Na also,“ sagte der Richter sehr befriedigt, als er das... „Geständnis“ in die Schreibmaschine diktierte.

Der Amtsrichter ließ das Protokoll vorlesen.

„Die Arbeits- und Einkommensverhältnisse haben wir vergessen,“ sagte er dann noch, „das muß auch noch hinein. Also wo sind Sie denn und was verdienen Sie denn?“

„Beim Tietz bin ich als Verkäuferin, siebzig Mark bekomme ich im Monat, und ich geh auch nicht fort vom Tietz,“ schrie sie plötzlich hinaus, „und ich lasse mich nicht herausreißen und ich will in meinem Geschäft bleiben und ich will etwas Ordentliches lernen.“

„Das werden Sie schon sehen,“ war des Richters Antwort, „jetzt die andere.“

Hedi Wehner musterte zunächst das Gesicht des Amtsrichters Schubert. Sympathisch sah er nicht aus.

„Aiso,“ sagte er, „Sie haben ein Verhältnis mit dem Geyer.“

„Ja, seit fünf Jahren.“

„Und da schämen Sie sich gar nicht.“

„Ja, was gibt's denn da zu schämen, wir haben uns doch gern.“

„Ein anständiges Mädchen sucht sich einen Mann zum Heiraten und kein Verhältnis.“

Hedi schaute den alten Mann verwundert an. Sie wollte sich darüber lieber nicht mit ihm streiten. Er hatte inzwischen den Kopf in die Akten gesteckt und fuhr fort:

„Die Nachbarn sagen, Sie hätten noch mehr solche Verhältnisse, Sie verstehen schon, was ich meine.“

„Was,“ fuhr Hedi auf, „für mich gibt's nur einen Mann auf der Welt, und das ist der Dr. Geyer.“

„Die Nachbarn sagen's halt.“

(Fortsetzung folgt)

# Gewerkschaften auf Abwegen

Nationalsozialistisch-nationalbolschewistische Phraseologie. Gegen Reparationen statt gegen Kapitalismus. Gegen „volkszersetzenden Bruderkampf“ statt für Klassenkampf

## Kundgebung der Spitzengewerkschaften

In der Kundgebung der Spitzengewerkschaften, über die wir am Sonntag bereits berichteten, heißt es:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale wirtschaftliche und politische Aufgabe. Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der

inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungsstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. In diesem sinnlosen Kampfe fällt blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaftlichkeit zusammenwirken könnte, fallen Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte. Die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten und Beamten verurteilen diesen

volkszersetzenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen, Verantwortungsbewußtsein, Mut und Besonnenheit bewahrt, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt.

## Der Führer der Millionen organisierter Arbeiter schreibt an den Reichskanzler

### Ein Brief Leiparts an Brüning

Herr Reichskanzler!

Sie sind der Chef einer Regierung, die seit Jahr und Tag im Interesse und im Dienste der Unternehmer sich bemüht, auf Kosten der Arbeiterklasse ein sinnloses Wirtschaftssystem aufrecht zu erhalten. Sie wollen über die Verelendung der Arbeiterklasse einen Ausweg für die kapitalistische Gesellschaftsordnung gewinnen. Die Arbeiterklasse aber hat es satt, sich zu diesen Zwecken ausbeuten zu lassen. Sie will die Beseitigung des kapitalistischen Systems und den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Im Namen der Millionen organisierter Arbeiter und der überwiegenden Mehrheit des hungernden und der Gesellschaftsordnung, die von Ihnen und Ihrem staatlichen Gewaltapparat geschützt wird, hassenden Volkes fordere ich, daß alle Versuche, die Löhne auf den Stand von 1927 herabzudrücken, aufgegeben werden und die bisherigen Lohnsenkungen wieder aufgehoben werden. Ich verlange ferner, daß sofort alle Schritte unternommen werden, um eine planmäßige, soziale Wirtschaft aufzubauen, die die ungeheuren Produktionskräfte zur allgemeinen Wohlfahrt verwertet und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Arbeiterparteien werden ihre bereits ausgearbeiteten Wirtschaftspläne dazu veröffentlichen.

Wenn Sie, Herr Reichskanzler, diese Forderung nicht erfüllen,

wird die Arbeiterschaft in den Betrieben mobilisiert werden und unter ihrer eigenen Kontrolle die Betriebe fortführen.

Ich bin mir der Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse sehr bewußt, als daß ich in dieser ersten Stunde mich mit einem papierernen Protest

gegen Ihre Diktaturpolitik begnügen könnte. Ich warne und fordere, weil ich weiß, daß die Millionen der Arbeiterschaft geschlossen und kampfbereit hinter meiner Forderung stehen.

Der Vorsitzende des ADGB.

So hätte der Vorsitzende des ADGB an den Reichskanzler schreiben müssen, wenn sein Protest einen Erfolg haben soll. So hätte er schreiben können, wenn er mit einer entschlossenen sozialistischen Politik eine Einheitsfront der Arbeitermassen gegen das bürgerlich-kapitalistische System zustandegebracht hätte.

Da er aber diese Politik nicht treibt und daher auch diese Kampffront nicht formiert, schreibt er einen Protestbrief und lehnt — da dieser Brief natürlich nicht beachtet wird — im übrigen die „Verantwortung“ ab:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Sonnabend mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung bringen soll, dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Gegen solche Absichten erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedensten Protest. Wir warnen die Reichsregierung den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen die sich hieraus ergeben müßten wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.“

## Kampf gegen Lohnraub — Kampf gegen Faschismus

Fritz Sternberg.

Die Spitzenverbände aller Gewerkschaften, d. h. sowohl die freien, wie die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen, wandten sich mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Diese Erklärung ist darum von ganz besonderer Bedeutung, weil die sozialdemokratische Partei letzthin zur Begründung ihrer Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning erklärte, daß diese Politik eine Basis schaffen sollte, um die Gewerkschaften aller Richtungen gegen den Nationalismus zu mobilisieren.

Sehen wir uns die gemeinsame Erklärung daraufhin an. Sie ist wenige Tage vor der neuen Notverordnung publiziert worden; und sie ist außerordentlich charakteristisch, nicht nur durch das, was sie enthält, sondern durch das, was sie nicht enthält.

Es ist in dieser Erklärung in keinem Satz Front gemacht worden gegen den Abbau der Löhne und Gehälter, den die Regierung Brüning und das Monopolkapital in nächster Zeit durchzuführen gedenken. Es ist also den freien Gewerkschaften nicht geglückt, gerade an diesem entscheidenden Punkte eine einheitliche Front der Spitzenverbände der Gewerkschaften herzustellen.

Und was enthält die Erklärung? Sie nimmt einmal Stellung zur Reparationsfrage und nimmt weiter Stellung zur innenpolitischen Situation. Zur Reparationsfrage heißt es: „In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen.

Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind.“ Das ist alles, was in dieser Erklärung zur Krise im Kapitalismus gesagt wird. Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine derartige Erklärung über die Krise abgegeben hätte, so wäre das vom Standpunkt der Bourgeoisie aus zu verstehen. Die deutsche Bourgeoisie, das deutsche Monopolkapital hat ein entscheidendes Interesse daran, den Kapitalismus selbst als Unschuldslamm in dieser Krise hinzustellen und alle die grauenhaften Erscheinungen, die mit der Krise verbunden sind, lediglich den Reparationen zuzuschreiben.

Sind die Reparationen, sind die Young-Lasten der entscheidende Faktor der Krise in Deutschland, dann gilt es, einen neuen 4. August zu schaffen, eine neue nationale Front vom Unternehmer bis zum Arbeiter um die Befreiung von den Young-Lasten durchzusetzen.

Für den Marxisten ist es selbstverständlich, daß die Reparationen nicht der entscheidende Faktor in der augenblicklichen Krise sind. Die Vereinigten Staaten, die keine Reparationen zahlen, haben heute 10 Millionen Arbeitslose. Im englischen Kapitalismus, der noch nicht 1 Pfennig Reparationen gezahlt hat, verschärft sich die Krise immer weiter. Daß auch für

die Siegerländer des Weltkrieges die Krise die tiefste ist, die sie seit 100 Jahren erleben, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Reparationen nicht der entscheidende Faktor der Krise sind, sondern daß der entscheidende Faktor ist, daß

das gesamte kapitalistische System im Niedergang ist.

Es soll natürlich nicht bestritten werden, daß die Stellung des deutschen Kapitalismus auf den internationalen Kapitalmärkten ein Faktor ist, der die Krise noch weiter verschärft. Es soll weiter nicht bestritten werden, daß die Abhängigkeit des deutschen Kapitalismus von den internationalen Kapitalmärkten dadurch eine besondere Verstärkung erfahren hat, daß man zwischen Dawes- und Youngplan in Wirklichkeit keine Reparationen gezahlt hat, sondern sich mehr als das Doppelte der fälligen Reparationszahlungen vom Ausland borgte. Aber es heißt die Frontstellung des Gegners beziehen, wenn man diese Faktoren einseitig in den Vordergrund rückt. Es muß vielmehr im strikten Gegensatz zu dieser Erklärung der Gewerkschaftsverbände, im strikten Gegensatz auch zu den kommunistischen Parolen von „Kolonialdeutschland“ und „Young-Sklaverei“ der deutschen Arbeiterschaft immer wieder klar gemacht werden, daß die heutige Krise eine Systemkrise ist, daß es eine Illusion ist, von Reparationsverhandlungen einen Wiederanstieg der deutschen Wirtschaft zu erwarten, und daß es vielmehr die Aufgabe ist,

diesem kapitalistischen System selbst den Todesstoß zu geben.

Da die Spitzenführung der freien Gewerkschaften jede eindeutige Stellungnahme über den wirklichen Charakter der heutigen Krise vermeidet, da sie lediglich auf die Reparationen hinweist, so sind die politischen Konsequenzen, die in dieser Erklärung gezogen werden, ebenso völlig unzureichend. Man fordert lediglich, daß die Front gestärkt wird für Recht und Freiheit gegenüber Terror und Gewalt. Wie soll man aber diese Front stärken, wenn man gegen den riesenhaften neuen Lohnraub, den wir in nächster Zeit zu erwarten haben, nicht klipp und klar Stellung nimmt. Es ist schon möglich, daß die christlichen Gewerkschaftsführer an diesem Punkt nicht zu haben waren, weil sie damit ihre eigenen Minister, Stegerwald und Brüning, desavouiert hätten. Wenn aber die freien Gewerkschaften gegen den Lohnraub wirklich eindeutig Stellung genommen hätten, wenn sie sich dabei

nicht auf Reden beschränkt, sondern Aktionen unternommen

hätten, wenn sie an für den Klassenkampf entscheidenden Stellen gekämpft hätten, an den Stellen, an denen der gewerkschaftliche Kampf in den politischen umschlägt — dann hätten sie die christlichen Arbeiter, dann hätten sie die Hirsch-Duncker'schen Arbeiter durch diesen Kampf selbst mobilisiert. Und die Mobilisierung der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Arbeiter wäre ein Faktor gewesen, dem sich die Spitzenführung der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften sehr schwer hätte entziehen können. Das ist nicht geschehen.

Und so bekommen wir kurz vor der Notverordnung, in der Zeit, in der Hitler mit der ausländischen Presse zu verhandeln beginnt, einen Gewerkschaftsaufbruch, in dem die wirklichen Ursachen der Krise umgangen werden, in dem zur Politik nur allgemeine Phrasen gesagt werden, in dem zum Lohnraub nicht Stellung genommen wird.

In den freien Gewerkschaften muß zu diesem Aufruf Stellung genommen werden. Die Funktionäre müssen dort erklären, daß ihnen dieser Aufruf in keiner Weise genügt. Im „Freien Angestellten“ stand in seiner letzten Nummer:

„Die Wirtschaftspolitik dieses Unternehmerprogramms der Regierung Brüning zu tolerieren — hieße einen neuen Schritt zum Faschismus tun.“

Der „Freie Angestellte“ hat Recht. Wenn die freien Gewerkschaften nicht den neuen Lohnraub mit Aktionen beantworten, wenn sie sich mit lahmten Protesten begnügen, so bedeutet das objektiv einen neuen Schritt zum Faschismus. In der sozialdemokratischen Partei wird heute den breitesten Kreisen klar, daß die Tolerierungspolitik gegenüber der Regierung Brüning dem Wachsen des Faschismus den Weg geebnet hat. Wenn die Tolerierung der Regierung Brüning in der augenblicklichen Situation verbunden wird mit einer Tolerierung des neuen Lohnraubes, so hohlen sich die Gewerkschaften als Organisationen immer mehr selber aus. Dagegen gilt es heute Front zu machen.

Es ist sehr spät, aber es ist noch nicht zu spät. In den Gewerkschaften selbst muß sich eine aktive Front gegenüber dieser Stellungnahme der Spitzenverbände bilden, muß sie eindringlich zum Ausdruck bringen, daß eine wirkliche Aktion gegen den Faschismus heute zur Voraussetzung hat eine Aktion der

Arbeiterschaft gegen den neuen Lohnraub. Wird diese Aktion durchgeführt, dann wird sie besser als alle Spitzenverhandlungen sich dahin auswirken, auch die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Arbeiter in die gemeinsame Kampffront gegen den Faschismus einzugliedern.

## Die Zersetzung der Weltwirtschaft

Nachdem auf Grund des neuen Zollgesetzes in England Zölle auf eine große Anzahl von industriellen Fertigprodukten in einer Höhe, die die Einfuhr praktisch ausschließt, eingeführt wurden, kündigte der Landwirtschaftsminister neue Zölle auf verschiedene Agrarprodukte an, die als Gegenstände des Luxuskonsums bezeichnet wurden, Zölle auf Frühgemüse und Frühkartoffeln, Spargel und Obst. Auch wurde ein Verzehrwang für inländischen Weizen in Aussicht gestellt. Als weiteres Einfuhrhindernis neben Pfundentwertung und Schutzzölle soll die Propaganda „Kauft englische Waren!“ wirken. So soll England als Absatzmarkt für andere Länder so weit als möglich verschlossen werden, was seine Wirkung nicht verfehlen kann, auch die englische Ausfuhr einzuschränken.

Frankreich, das neuerdings einen gestaffelten Valutazoll bis zu 15 Prozent auf die Einfuhr aus Ländern mit Geldentwertung und außerdem eine Importsteuer einführt, verhandelt jetzt mit England für Erleichterungen. Wenn die Verhandlungen fehlschlagen, so dürfte Frankreich, das in England sein wichtigstes Absatzgebiet verliert, zur weiteren Einschränkung seiner Einfuhr schreiten, was durch die von ihm seit längerer Zeit verfolgte Methode der Kontingentierung der Wareneinfuhr erfolgen soll.

In Dänemark wurde die Einfuhr von Luxusprodukten unterbunden. Gleichzeitig überschwennt Dänemark den belgischen Markt mit billiger Butter, mit Rindvieh und Fleisch, so daß zum Schutz der belgischen landwirtschaftlichen Produzenten die Vorkriegszölle an Butter usw. bald wieder hergestellt werden dürften.

In Holland wurden sämtliche Zölle um 8—10 Prozent erhöht, allerdings weniger als in Italien, wo die neuerliche Zollerhöhung 15 Prozent beträgt. In Schweden sorgt die außerordentlich große Entwertung der Krone für die Einfuhreinschränkung.

In der Türkei wird die zur Einfuhr zugelassene Menge jeden zweiten Monat von der Regierung festgesetzt. Waren, die in der Türkei selbst erzeugt werden, wie Seide, Textil- und Lederwaren, Zement, dürfen nicht eingeführt werden. Außerdem sind die ausländischen Unternehmer, die in der Türkei öffentliche Arbeiten ausführen, verpflichtet, in der Höhe ihrer Einfuhr an Materialien türkische Waren zu kaufen.

In Canada wurden die gesetzlich vorgesehenen Antidumpingzölle gegenüber Ländern mit Geldentwertung, auch gegen England, bei Einfuhr von Waren, die in Canada selbst erzeugt werden, in Kraft gesetzt. — Zur Fernhaltung der Einfuhr wirkt am stärksten die staatliche Devisenbewirtschaftung, bei der für Einfuhrzwecke nur beschränkte Mengen von Auslandsgeld zur Verfügung gestellt werden.

Die osteuropäischen und südamerikanischen Länder verfolgen in letzter Zeit vorwiegend diese Methode der Einfuhreinschränkung. In letzter Zeit traten Norwegen und die Tschechoslowakei in die Reihe der Länder, die im Zahlungsverkehr mit dem Ausland Einschränkungen eintreten ließen. Die Beschränkungen in der Tschechoslowakei beziehen sich auf den Zahlungsverkehr mit Oesterreich und Ungarn.

## Ein geschlagener General

Hörsings Zeitung wird eingestampft

Hörsing läßt melden: Die Gründung einer überparteilichen republikanischen Tageszeitung „Deutscher Volkskurier“, die insbesondere der Propagierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Führers des Reichsbanners und früheren Oberpräsidenten Otto Hörsing dienen sollte, hat innerhalb der republikanischen Front zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. Während sich Hörsing seinen ausdrücklichen Erklärungen gemäß eine besondere Tribüne lediglich für diesen Zweck schaffen wollte, wurde das Gerücht verbreitet, er beabsichtige eine Spaltung der SPD, bzw. die Gründung einer neuen Partei. Um derartigen Gerüchten den Boden zu entziehen, hat Hörsing sich entschlossen, mit dem heutigen Tage das Erscheinen des „Deutschen Volkskurier“ einzustellen.

Hörsing hat also wieder einmal auf der ganzen Linie gesiegt. Die Arbeitslosigkeit ist zwar größer geworden, da ja Hörsing wohl sein Verlags- und Redaktionspersonal entlassen wird. Aber dafür bekommt er mit Ludendorff ein gemeinsames Denkmal mit der Sokelinschrift: Die verkannten Sieger.

## Verlängerung des Stahlkartells

Zentrals Verkaufskontor

Luxemburg, 6. Dezember.

Der Vorstand des Stahlkartells hat beschlossen, das Kartell bis zum 31. März zu verlängern. An den Statuten für die Schaffung eines zentralen Verkaufsbüros für Halbfertigfabrikate und für Schwellen wurden einige Abänderungen vorgenommen. Mit der Schaffung des zentralen Verkaufskontors haben sich die deutschen, belgischen, französischen und luxemburgischen Delegierten einverstanden erklärt.

## Düsseldorf

Weiterer Niedergang in der Metallindustrie. Die Firma Schless de Fries A.-G. hat die Entlassung von 400 Mann ihrer Belegschaft als vorsorgliche Maßnahme beim Demobilisierungskommissar angezeigt.

Der Wirtschaftsband gegen den Düsseldorf Oberbürgermeister. Die Stadtratsfraktion der Wirtschaftspartei beantragt, die folgenden Anträge zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzsausschusses und der Stadtverordneten zu setzen: 1. Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Bilanz der RWE-Aktien die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf bei der Regierung zu beantragen. 2. Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf für die entstandenen und noch entstehenden Verluste aus dem RWE-Aktiengeschäft in vollem Umfang haftbar zu machen, und zwar auf Grund der von ihm mehrfach abgegebenen Erklärung, wonach er persönlich die volle Verantwortung übernehme, daß der Stadt aus diesem Geschäft kein Schaden erwachse.

## Dortmund

Kein verfrühter Faschingscherz, sondern Wirklichkeit! Mancher hat bis vor einigen Tagen die Meldung von der Ernennung Zörgel zum Polizeipräsidenten von Dortmund für einen verfrühten Faschingscherz gehalten. Viele Arbeiter haben es nicht für möglich gehalten, daß es Severings Ernst sei, dem für den Berliner Blut-Mai 1929 Verantwortlichen die Polizeigewalt über den größten Präsidialbezirk des Ruhrreviers anzuvertrauen. Das preußische Staatsministerium hat trotz des Entrüstungsturmes der Dortmunder Arbeiterschaft die Ernennung vollzogen. Der Mann, der seine Unfähigkeit bereits durch die Berliner Malvengänge 1929, die vielen klassenbewußten Proletariats das Leben kosteten, unter Beweis stellte, wird zu Beginn dieser Woche — voraussichtlich schon am Montag — seine Dienstgeschäfte in Dortmund aufnehmen. Sein Parteigenosse, Regierungspräsident König (Arnsberg), wird ihn in sein neues Amt einführen. — Das Ruhrproletariat empfindet die Ernennung Zörgel zum Dortmunder Polizeipräsidenten als eine durch nichts zu überbietende Provokation und macht schon jetzt die preußische Staatsregierung für alle daraus entstehenden Folgen verantwortlich.

## Bochum

„SAP-Fiasco. — Portune hält für die Splittergruppe eine Grabrede.“ Unter dieser Überschrift bringt das sozialdemokratische „Volksblatt“ einen Bericht über unsere am Mittwoch v. W. abgehaltene öffentliche Versammlung im Saalbau Lutz in Bochum-Linden. Beim Lesen dieses Berichts fühlt man sich unwillkürlich in die Vorkriegszeit zurückversetzt, als in sozialistischen und freigeberischen Kreisen die Zentrumsberichte über unsere Versammlungen immer bewertet wurden: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“ Den Versammlungsteilnehmern, auch denen von der SPD, überlassen wir es, sich selbst einen Vers von dem „Volksblatt“-Bericht zu machen. Das „Volksblatt“ schreibt: „Anwesend waren von der SAP 70 Mitglieder, die Sozialdemokratie war mit ungefähr 150 Mitgliedern vertreten, von der KPD waren vielleicht 100 dort, Summa 320 Personen.“ Nun hat der Lutzsche Saal, was jedem Einheimischen bekannt ist, ca. 600 Sitze, dazu kamen noch ungefähr 80 Stehplätze, macht 680 Anwesende, ergibt also ein Plus von 260 Personen. — Wir hoffen, bei der nächsten Abrechnung in Linden den „großen“ Vogt aus Bochum — der offenbar der Verfasser des „Volksblatt“-Berichtes ist — wieder begrüßen zu können, damit er weiter für uns so vorzüglich, wenn auch ungewollt, Propaganda macht.

## Gelsenkirchen

Werbeversammlung im Stadtteil Ratthausen. Am Freitag dieser Woche findet um 20 Uhr im Lokal Weckamp, Ecke Wiehagen- und Rothhauser Straße, eine Werbeversammlung statt, zu der alle Interessenten eingeladen sind. Genossin Dauer, Herne, wird sprechen über „Notwendigkeit und Aufgabe der SAP“. Zu dieser Versammlung sollten die Genossen auch ihre Frauen mitbringen und damit endgültig Schluß machen mit dem Grundsatz der Spießler: Die Frau gehört an den Kochtopf.

## Frankfurt a. M.

Sie wollen die Einheitsfront nicht. Als die Frankfurter Kommunisten eine Versammlung mit der Frage der Einheitsfront ankündigten und zugleich publik machten, es sprächen außer dem kommunistischen Redner noch je ein Vertreter der SPD und SAP, da strömten Tausende von Arbeitern zum Hippodrom, um dabei zu sein, wenn in Frankfurt a. M. die Einheitsfront aus der Taufe gehoben wurde. Jedoch mit dem Willen zur Einheit war es bei dem KPD-Sprecher nicht weit her. Zunächst gab er eine Darstellung der politischen Lage, die auch wir unterschreiben. Er betonte, daß die Arbeiter, solange sie sich nicht zu einheitlichen Aktionen zusammenfänden, in Gefahr stünden, vom Faschismus überrannt zu werden. Deshalb habe man die Führer der SPD und SAP zu einer Aussprache über die Möglichkeit einer Einheitsfront eingeladen. Im gleichen Atemzug machte der kommunistische Referent — Keil heißt der lebenswürdige Mann — die Entdeckung, die SAP wolle nichts anderes, als was die Bourgeoisie wolle, nämlich eine Barriere bilden gegen die sozialistische Revolution. Auf diese Weise soll also die Einheitsfront gebildet werden: erst läßt man uns zur Aussprache ein und dann verleumdet man uns in der bö-

## 24 000 Mark Einkommen halten sich im Rahmen der Sparnotverordnung

# Das sagt ein Sozialdemokrat

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Leverkusen hatte sich an ihren Parteigenossen, den Regierungspräsidenten Bergemann gewandt, weil sie der Ansicht war, daß das Gehalt des Leverkusener Bürgermeisters, der trotz der Sparnotverordnung Preußens es nicht für zweckmäßig hielt, sein Gehalt entsprechend zurückzustufen, und jährlich die nette Summe von etwa 24 000 Mark für sich beansprucht, zu hoch sei und die Richtlinien weit überschreite. Man hat offenbar in sozialdemokratischen Mitgliederkreisen geglaubt, das Parteimitglied Bergemann werde als Ausführer der ministeriellen Verordnung die Gehaltsfestsetzung des Bürgermeisters von Leverkusen nicht genehmigen. Doch weit gefehlt. Auf ihr Schreiben erhielt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgende Antwort:

„Die für den Herrn Bürgermeister Dr. Claes von dort beschlossenen Gehaltsbezüge halten sich im Rahmen der Richtlinien der Preußischen Sparnotverordnung vom 12. 9. 1931. Die Genehmigung dieser Gehaltsbezüge konnte deshalb nicht versagt werden.“ Darob herrscht begreiflicher Weise unter den sozialdemokratischen Arbeitern große Empörung.

Wenn ein höherer Beamter jährlich 10 000 Mark mehr einheimet als ihm zusteht, so hat man von Seiten der Regierung dagegen nichts einzuwenden. Sollte sich aber ein erwerbsloser Familienvater, der wöchentlich 12 bis höchstens 16 Mark erhält, erlauben, um seinen und seiner Familie Hunger zu stillen, einige Mark nebenbei zu verdienen, so wird er 14 Tage eingesperrt.

Die Genossen der SPD sehen mittlerweile ein, daß die regierungspräsidentliche Entscheidung in der Linie der von Bergemann sowie der Parteileitung verfolgten Politik liegt. Oder ist etwa zwischen diesem Verhalten Bergemanns und seiner Zustimmung zu dem Anfang Oktober erfolgten siebenprozentigen Lohnabbau der Bergarbeiter ein wesentlicher Unterschied? Jene Leute lassen sich ihre Handlungsweise vorschreiben von einem Empfinden, das mit sozialistischer Überzeugung nichts mehr gemein hat. Allen Anträgen der Mitglieder, die derartige Elemente aus ihren Reihen ausstoßen wollen, tritt der Parteiapparat machtvoll entgegen. So hatte eine ganze Anzahl Ortsvereine der SPD im Bezirk Niederrhein anlässlich der Zustimmung Bergemanns zum Ruhrschiedspruch gegen ihn einen Ausschlußantrag gestellt. Auf die von allen Seiten einlaufenden Ausschlußanträge mußte der Bezirksvorstand unbedingt reagieren, und zwar, um die erregten Gemüter zu beruhigen, statt der bisher gewohnten sanften Töne radikalere erklängen lassen. Am 13. Oktober stand in der SPD-Presse des Niederrheins groß aufgemacht folgender Beschluß der Bezirksleitung:

„Der Bezirksvorstand der SPD Niederrhein zum Luhrschiedspruch im Ruhrbergbau. Der Bezirksvorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Schiedspruch im Bergbaukonflikt beschäftigt. Trotz eingehender Würdigung aller in Betracht kommenden Fragen, insbesondere auch der Gefahr eines tariflosen Zustandes im Bergbau und daß bei fehlender Einstimmigkeit des Schiedspruches ein noch größerer Lohnabbau hätte kommen können, kann sich der Bezirksvorstand nicht davon überzeugen, daß die Zustimmung auch des

sozialdemokratischen Schiedsrichters zu einem Lohnabbau im Bergbau gegeben werden mußte. Der Bezirksvorstand hält die Zustimmung für unvereinbar mit dem von Partei und Gewerkschaften gegen die Lohnabbau des Unternehmertums geführten Kampf.“

Damit sollte offenbar den Mitgliedern glaubhaft gemacht werden, für Bergemann sei kein Platz mehr in der SPD. Tatsächlich glaubten alle, der Ausschluß Bergemanns stünde bevor. Wie staunten aber die Genossen, als die Ortsvereine, die den Ausschluß beantragt hatten, von der Bezirksleitung ein Schreiben erhielten, daß das Gegenteil der Veröffentlichung enthielt. Es heißt in diesem Schreiben:

„Betr. Schiedspruch: Bergarbeiter Werte Genossen!“

Der Bezirksvorstand hat in seiner letzten Sitzung zu den vorliegenden Anregungen und Anträgen gegen den Genossen Bergemann wegen seiner Mitwirkung an dem letzten Schiedspruch für die Bergarbeiter Stellung genommen und beschloß die Veröffentlichung einer diesbezüglichen Resolution, die in der Parteipresse am 18. Oktober 1931 bekanntgegeben wurde.

Ferner faßte der Bezirksvorstand in der gleichen Sache den nachstehenden Beschluß:

Der Bezirksvorstand hat sich weiter davon „berzeugt, daß der Genosse Bergemann bei seiner Stellungnahme in gutem Glauben gehandelt hat, so daß Maßnahmen nach dem Organisationsstatut nicht in Frage kommen. Dieser Beschluß ist nicht für die

Öffentlichkeit bestimmt und wurde deshalb auch nicht in der Parteipresse veröffentlicht. Er soll jedoch der Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht werden. Damit betrachten wir das dortige Schreiben vom 9. Oktober 1931 als erledigt.“

Ist dies etwa eine klare Stellungnahme, oder ist es nicht vielmehr ein hinterhältiges, doppelseitiges Spiel, das man mit den Mitgliedern treibt? Auch die Leverkusener SPD-Genossen brauchen nicht zu glauben, der Bezirksvorstand würde jetzt endlich „Maßnahmen nach dem Organisationsstatut in Frage kommen lassen“. Nein, denn dieser Fall Bergemann ist kein Einzelfall, sondern nur einer unter vielen. Die SPD kann die Bergemänner nicht fallen lassen, sind sie doch nur diejenigen, die das ausführen, was auf Grund der von den Parteinstanzen betriebenen Politik ausgeführt werden muß. Die SPD versucht eben alles, um sich mit letzter Kraft an das Zentrum festzuklammeren. Deshalb darf auch das Gehalt des Zentrumsbürgermeisters von Leverkusen nicht gekürzt werden, trotzdem es für jeden, der sehen will, zu offensichtlich ist, daß hier auf Grund der Sparnotverordnung jährlich 10 000 Mark gespart werden können. Soweit scheint allerdings der SPD-Regierungspräsident nicht sehen zu können; er hat auch anscheinend hier „in gutem Glauben gehandelt“.

Wie lange wollen die SPD-Genossen dieses Spiel noch mitmachen?

Ihr Leverkusener Genossen, ist es nicht genug, daß euch die Gewaltigen der IG-Farben ausbeuten, wollt ihr euch dazu noch von den Parteinstanzen mißbrauchen lassen? Euer Platz ist an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft, der SAP!

willigsten Weise! Nach dieser saftigen Einleitung konnte man sich schon so ungefähr vorstellen, was das Gerede von der Einheitsfront bezweckte. Der Referent konnte gar nicht genug versichern, wie lieb und wert ihm die SPD- und SAP-Arbeiter wären. Und dann kam der konkrete Vorschlag: „Die Einheitsfront ist da, wenn die Arbeiter alle in die Kommunistische Partei eintreten.“ Eine Partei, die von den anderen Parteien verlangt: „Ihr habt euch unserer Führung unterzuordnen“, will die Einheit nicht. Die Einheitsaktion ist, wie der Sprecher der SAP, Genosse Stierle, in der Debatte ausführte, nur möglich bei Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit und der Durchführung eines gemeinsamen politischen Aktionsprogrammes. Der Wille der Kommunisten zur proletarischen Einheit, wie sie sie verstehen, kam speziell dann zum Ausdruck, als Genosse Stierle diese Dinge erörterte. Da wurde zwischen gebrüllt, Trillerpfeifen traten in Aktion, der Vorsitzende redete etwas von „Verdröhungen, die es einem unmöglich machen, ruhig zu bleiben“ usw. Nein, diese Versammlung hat den Gedanken der proletarischen Einheit nicht gefördert.

Die Arbeitsinvaliden protestieren. Eine große Kundgebung der Arbeitsinvaliden fand im Gewerkschaftshaus statt. Der große Saal war zu klein, um alle fassen zu können, die gegen die Kürzung ihrer Rente protestierten. Der kleine Saal mußte noch geöffnet werden. Der Referent, Gauleiter Matthes, Kassel, vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden wies darauf hin, daß die Sozialversicherung gefährdet ist. Man wolle die Sozialrenten beseitigen. An den hohen Gehältern habe man bisher nicht gespart. Den entlaufenden Fürsten habe man eine riesige Abfindung zukommen lassen. Aber den Invaliden wolle man die Rente rauben. Der Hansabund fordere einen Rentenabbau von 30 Prozent. Für die Witwen bedeute das

eine Senkung von 24 auf 16 Mark, für die Invalidenrentner entspräche das einer Senkung von 45 auf 30 Mark. Das Renteninkommen sei das Haupteinkommen des Rentners. Die Arbeitsinvaliden forderten eine Erhöhung der Renten. Der Referent forderte zum Schluß die Arbeitsinvaliden auf, sich dem Zentralverband anzuschließen. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die geplanten Rentenkürzungen richtete.

Bankkrach in Fechenheim. Wenn etwas geeignet ist, zu zeigen, wie wurmtichtig die kapitalistische Welt ist, dann sind es die vielen Prozesse, die zur Zeit in die Betriebsgeheimnisse manches Profitmachers hineinleuchten. Was im Fechenheimer Bankprozeß ans Tageslicht gebracht wurde, mutet allerdings neben dem Sklarek-Prozeß und der Favagaffäre wie eine Bagatelle an. Doch immerhin, der Glaube an die Solidität kapitalistischen Geschäftsgebarens wird durch solche Prozesse erschüttert. Der Fechenheimer Bankverein brach zusammen, weil man mit den anvertrauten Geldern nicht wirtschaftete, sondern hauste. Man verpumpt Geld, ohne genügend Sicherheit zu haben. Es gab zwar so etwas wie ein Statut, das festlegte, bis zu welcher Höhe kreditiert werden dürfe. Doch Statuten sind dazu da, um umgangen zu werden. Wer wird denn kleinlich sein! Da war einer, der im Ruf stand, der reichste Mann von Fechenheim zu sein. Einem solchen Mann gegenüber gab es keine statutarisch festgelegte Höchstgrenze. Man pumpte ihm 140 000 Mark, wenn auch das Statut vorschrieb: „Mehr als 30 000 Mark dürfen nicht kreditiert werden.“ Ein biederer Maurermeister, den das Geschick zum Aufsichtsratsmitglied des Fechenheimer Bankvereins gemacht hatte, überzog sein Konto mit 9300 Mark. Unser Maurermeister war natürlich nicht der einzige, dem man so weit entgegenkam. Schon im Jahre 1928 stellte

## Bezirk Südbaden der SAP

Wir bitten alle badischen Ortsgruppen zwischen Offenburg und Konstanz, sich mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen. Einzelne Genossen, die eine Gruppe gründen wollen, wenden sich ebenfalls an den Unterzeichneten, der ihren Referenten vermittelt und das nötige Material zur Verfügung stellt.

R. Luft, Freiburg i. Br. Schwarzwaldstraße 94.

ein Revisionsbericht fest, welche Mißwirtschaft bei dem Bankverein herrschte, wie großzügig man in seinem Kreditgebaren war. Man pumpte Gott und der Welt, Genossen und Nichtgenossen. Schon der Revisionsbericht des Jahres charakterisierte diese Mißwirtschaft. Vorsorglich verriet man es, die Generalversammlung mit diesem Revisionsbericht zu ängstigen. Man arbeitete nach den alten, bewährten Grundsätzen weiter, bis der Kladderadatsch kam. Und dann stellte es sich heraus, mit welcher rührender Familienliebe die Männer „vona Janze“ behaftet waren. Von den 632 000 Mark, die man kreditiert hatte, waren 308 000 Mark den lieben Verwandten zugeflossen. Bei der Gerichtsverhandlung gegen die Vorstandsmitglieder Peter Achenbach, August Böhner und das Aufsichtsratsmitglied Theodor Wolf wurde festgestellt, daß der Aufsichtsrat versagt hatte, daß man ebensowohl zu leichtsinnig Kredite gab als auch zu hoch kreditierte. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten Achenbach und Böhner zu je 1000 Mark Geldstrafe, der Mitangeklagte Theodor Wolf wurde freigesprochen. — Es wird wohl nicht der letzte derartige Fall sein, den wir erleben. Solche Prozesse haben auch ihr Gutes. Dann sie schüren den Zweifel an dieser besten aller Welten.

## Frankfurt a. M.-Höchst

SAP und KPD veranstalteten eine gemeinsame Veranstaltung. Thema: Einheitsfront. Nach der Auffassung des kommunistischen Redner kommt die Einheitsfront nur durch den Eintritt der SPD- und SAP-Proleten in die KPD zustande. Die Vertreterin der SAP, Genossin Jevanich, schlug die Bildung eines roten Einheitskartells vor. Davon wollten die Kommunisten nichts wissen. Aus Parteipokerismus sträubten sie sich gegen die Einheitsaktion.

## Frankfurt a. M.-Griesheim

In einer gut besuchten Versammlung sprach Genosse Portum. Er schilderte die Gründe des Hinauswurfs der jungen SAP-Führer aus der SPD, legte dar, was uns von der KPD trennt, und erklärte, daß die SAP im Interesse eines siegreichen Kampfes der gesamten Arbeiterklasse sich für die Bildung der proletarischen Einheitsfront einsetze. Die anwesenden Kommunisten, die vor der Versammlung Flugblätter für die Einheitsfront verteilt haben, wandten sich in der Debatte und mit Zwischenrufen gegen den „Einheitsfimmel“. Es kann den Griesheimer Kommunisten nichts schaden, etwas mehr politischen Anstand an den Tag zu legen. Was die sich an rüpelhaften Zwischenrufen erlaubten, kann von einem Nationalsozialisten kaum übertroffen werden.

## Versammlungskalender

SAP Köln: „Der Kapitalismus greift an! Der Faschismus rückt vor! Lohnsenkung, Kürzung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung ist die Tagesparole der Kapitalisten. Wie sollen die Arbeiter sich verhalten? Wie müssen die Gewerkschaften kämpfen? Kampf der Unterwerfung?“ Über dieses Thema spricht Freitag, 11. Dezember, 20 Uhr, im Lokal Reichsdrucker (früher Turmbräu), Herzogstraße 18, Genosse Hans Ziegler, M. d. R., Sekretär des DMV Breslau. Unkostenbeitrag 20 Pf. Erwerbloslose 10 Pf. Kartenverkauf nur an Freigewerkschaftler.

SAP Düsseldorf, Distrikt Oberbilk: Dienstag im Lokal Bolk, Ellerstraße, 20 Uhr, Distriktsversammlung. Es spricht Genosse Bittel über „SAP und Gewerkschaft“. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht! — Mittwoch, Funktionsversammlung bei Christiani, Ellerstraße. SJV Düsseldorf: Mittwoch im Büro der SAP, Wehrkahn 70, Vorstandswahl des Ortsvereins Düsseldorf. Erscheinen ist Pflicht, da wir das Reichstatut besprechen wollen.

SJV Bezirk Westfalen: Anschrift Hans Rillebrand, Bochum-Riemke, Thyssenstr. 19.

Sonntag, 20. Dezember, in Bochum. Tagungslokal und Zeit werden noch bekanntgegeben. Eröffnet wird die Konferenz mit einer großen öffentlichen Jugendversammlung.

Unterbezirk Bochum

Am 13. Dezember findet in Binsen ein Wochenendkursus statt. Thema: „Jugend und Klassenkampf“. Ref. Lisa Jakob, Essen. Anmeldungen für Übernachtung usw. umgehend an Walter Wenba, Recklinghausen 53, Kaebeistr. 10. Gruppen aus den anderen Unterbezirken sind herzlich willkommen.

Versammlungen der Gruppen

Ortsgruppe Bochum: Freitag, 11. Dezember, Diskussionsabend „Wir und die KPD“.

Ortsgruppe Dortmund: Freitag, 11. Dezember, Vorlesung mit verteilten Rollen: „Hoppa, wir leben!“

Ortsgruppe Recklinghausen: Freitag, 11. Dezember, Bunter Abend.

Alle Bekanntmachungen der Ortsgruppen nur durch die Bezirksleitung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schabert für Inserate: Johannes Hoffmann a. a. O. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Köpfig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 3 2804.

Vorlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 3 2905.

Besetzungspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2 40 einschließlich Beleggeld. Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2 10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich einschließlich 1 50 Porto.

Insertionspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 1, Nr. 153 928.

20 000

## Ein proletarischer Versuch

Das Fest der 20 000, das die Universum-Bücherei ihren Lesern und Freunden am Sonnabend im Berliner Sportpalast gab, war in mehr als einer Hinsicht ein interessanter Versuch, die Frage der Gestaltung eines proletarischen Massenfestes wirksam zu lösen.

Es galt den Veranstaltern, die Propaganda für eine Idee mit einem Rahmen zu umgeben, der den Beifall und die Aufmerksamkeit einer 20 000köpfigen Menge erregte, eine Aufgabe, die das Grandproblem proletarischer Feste überhaupt bildet: Formung des Festes zu aktiver Propaganda der Idee.

\*

Wenn man die negativen Seiten vorwegnehmen will: die Spieldauer war zu lang. Es machte sich gegen Mitternacht steigende Unruhe und Abspannung bemerkbar, ein Prozentsatz der Teilnehmer nur, aber genügend, um die Wirkung der Veranstaltung zu beeinträchtigen. Zudem war die Lösung der Raumfrage durchaus ungeschickt — auf den Rängen standen vier Stunden lang dichte Menschentrauben, die keinen Sitzplatz erhalten konnten, während teilweise die unteren Ränge und die gesamte Saalfläche durch eingestellte Tische beansprucht war. Hier hätte in letzter Stunde noch die Hand der Regie helfend eingreifen müssen, daß sie es nicht tat, war teilweise die Ursache, daß die Darbietungen gegen steigende Unruhe zu kämpfen hatten.

Die Darbietungen an sich können mit Recht als geglückt bezeichnet werden.

Das Orchester der erwerbslosen Musiker spielte hervorragend, noch nicht ganz gelöst ist hier die Frage, wie es künftig möglich sein wird, auch die musikalischen Feinheiten über den ganzen Raum zu verbreiten, ein Mikrophon allein ist nicht ausreichend, die Tonfolgen in piano über einen so beträchtlichen Raum zu tragen.

Den zweifellos größten Erfolg errangen die Programmnummern kabarettistischen Einschlags, zudem die Leistungen des Schauspielers-Kollektivs und der „jungen Truppe“.

Hier scheint doch mehr und mehr die Lösung der Frage einer proletarischen Festgestaltung zu liegen. Es ist u. E. nicht so, wie Willy Münzenberg in seiner Ansprache erklärte, daß es uns möglich ist, eine „proletarische Kultur“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu züchten — das ist „Hineinfressen in den Kapitalismus“ auf kulturellem Gebiet, eine reformistische Anwendung Münzenbergs, die uns den Forderungen, die wir an die Kulturfront zu stellen haben, nicht zu entsprechen scheint. Was wir tun können, ist proletarische Propaganda in wirkungsvollster Form im Kapitalismus — gegen den Kapitalismus zu bringen, wobei man den Unterschied zwischen Propaganda, sie sei so vollendet wie sie wolle — und proletarischer Kultur nicht außer acht lassen darf.

An dieser proletarischen Propagandaaufgabe allerdings wurde im Sportpalast ein großes Stück getan.

Die mitreißenden Songs von Ernst Busch, den stürmischen Beifall zu einer Zugabe zwang, Lieder, wie das Stempelied und das Lied vom SA-Proleten, die lösen die Aufgabe, so wie wir sie sehen. Sie wecken auf, sie reißen mit, sie fassen an 20 000 Herzen und geben ein Signal.

Gleichwertig in hämmerndem Ernst und in fressendem Hohn die Rezitationen und Chansons von Ernst Busch, Sonja Ambach und Kate Kühn — viel Leistung mit denkbar geringstem Aufwand, dergleichen die treffende Szene „Kampf dem Kitsch“, Erich Weinerts Sketsch, vom Schauspieler-Kollektiv ohne jeden Aufwand und doch wirksam und propagandistisch erfolgreich dargestellt.

\*

Versuch auch waren die Gesangsvorträge des Uthmann-Chores.

Gute proletarische Dichtung, zu Liedern umgeformt. Es bleibe unentschieden, ob man gelungen oder mißlungen sagen soll. Sicher ist die gute Leistung der Sänger. Ob jede Art proletarischer Dichtung sich für die Chorwiedergabe eignet, ist eine andere Frage. Der Chor ist für wichtige, aufrüttelnde Tonwerke, für Kampflieder in ganz großer Form. Für Dichtungen in Reportagenform ist der Chor ein zu massiges Instrument.

\*

Im ganzen: der Eindruck des Abends war stark genug, um die Notwendigkeiten der Verbesserung in den Hintergrund zu rücken.

Die Möglichkeiten, eine Masse von Proletariern in einwandfreier Form, ohne Kitsch und bürgerliche Anleihen propagandistisch zu erfassen, sind beim Fest der 20 000 demonstriert worden und es ist ein Erfolg gewesen. Wir hoffen, daß er seine Früchte trägt.

Roland Beutner.

Der „soziale“ Duce. Die italienischen Zeitungsverleger hatten gefordert, daß er den Zeitungsverlegern erlaubt sei, auch am Sonntag zu arbeiten. Das Gesuch wurde von dem Duce abschlägig beschieden. „Das wäre eine Maßnahme antisozialen Charakters“, schrieb er mit Blaustift an den Rand.

## Man befiehlt Weihnachtsruhe

Glocken läuten: Weihnacht.  
Revolver ruh'n im Tischschubkasten.

Die Zeit, da jener einst geboren,  
war unserer so ziemlich gleich.  
Jener predigte tauben Ohren  
und erfand sich zum Trost ein Himmelreich.

Man hat ihn umgebracht.

Feiernde Menschen fasten.  
Nicht aus Pietät. Aus Sparsamkeitsgründen.  
Sie sparen ihr Nichts, vielleicht etwas zu  
finden...

Warum hört jener nicht?  
Wollen die Schießprügel verstecken.  
Demonstrationsfahnen einrollen.  
Möglich, daß vor Blut an den Straßenecken,

vor Schupporwitzchern, Stempelamtgrollen  
leise Gebete nicht hörbar werden.  
Friede auf Erden.  
Verzweiflung, Glockenklingen,  
Flehen, Weihrauch, Händeringen  
mit starrem Gesicht —  
Vielleicht...  
Warum hört er nicht?

Versteckt euer Flend! O selige —  
Bleibt in den Kellern! O fröhliche  
Weihnacht.  
Ruhe. Zwei Wochen Grabesschacht —

Glaubt man denn, um Gottes willen,  
ein Engel werde sich niedersenken,  
dampfstummer Erde Segen schenken  
und Hunger stillen?  
Melchior Douglas

## Der neue Luisenfilm

Luisenfilme gehören sozusagen zum eisernen Bestand der deutschen Produktion. Zu einer Zeit, als feine Leute sich nur heimlich und verstohlen ins Kino als in das Theater des armen Mannes schlichen, ließ sich bereits das Preußische Hofmarschallamt herbei, eine wirkliche und echte Königskutsche aus dem Hohenzollernmuseum oder gar aus dem Allerhöchsten Marstall irgendeiner popligen Firma zur Verfügung zu stellen, damit die höchstselige Majestät darin herumfahren konnte und dem Kinopublikum der rechte Begriff von königlichem Prunk beigebracht wurde. Aber derlei fiel damals noch nicht besonders auf, denn man hatte ja oft genug Gelegenheit, monarchische Herrlichkeit in Natura zu bewundern. Die große Zeit für patriotische Geschichtsfilme brach erst an, als die Untertanensehnsüchte sich aus der republikanisch nüchternen Gegenwart in die mit Gold und Purpur verbrämte Vergangenheit flüchten mußte. Damals, als Fridericus Rex fröhliche Urstände auf der Leinwand feierte.

Selbst die von Ullsteins finanzierte „Terra“ ließ es sich nicht nehmen — und wann hätten Ullsteins sich je etwas nehmen lassen? —, mit Herrn Grune als Regisseur und Mady Christians als Hauptperson einen zweiteiligen Luisenfilm drehen zu lassen. Diese Ullstein-Luise war ganz auf harmlose Anmut frisiert gewesen, und die Schmocks in der Kochstraße wußten nicht genug den „echt demokratischen Geist“ zu rühmen, in dem der königliche Gemahl als Trottel hingestellt war. Von dem trüben Bild des unköniglichen Königs mußte sich die Lichtgestalt der „edlen Dulderin“ natürlich doppelt vorteilhaft abheben. Das untere Luischen brachte Rebellion in die verküchelte Hofgesellschaft, und das Bürgerweibchen im Zuschauerraum fühlte sich so gewissermaßen auf du und du mit diesem lieben, ach so natürlichen Geschöpf. Das Verfahren hat dann Schule gemacht und wurde erst vor kurzem auf die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich angewendet. Man könnte nach diesem Klischee übrigens auch mühelos eine „Marie Antoinette von Frankreich“ herstellen. Fast jedes Kulturvolk hat seine eigene „königliche Dulderin“.

Vielleicht hätte man sich mit den bereits vorhandenen Luischen begnügt. — wenn nicht vor gut einem Jahr der Tonfilm herein gebrochen wäre und alle erfolgreichen Themen wieder neu aufgeführt hätte. Ohnehin wachte Frau Henny Porten, das „Urbild der deutschen Frau und Mutter“, häufig in der Nacht auf und dachte immer wieder daran: „Wie wärs, wenn ich die Königin Luise spielte? Das wäre die Rolle für mich!“ Hobeit und Anmut, Mütterlichkeit und fürstliche Größe in eins — was will man mehr? Eine eigene „Henny-Porten-Filmgesellschaft“ ist ja bereits vorhanden, — also warum nicht? Teuer wird es ja wohl werden, von wegen dem vielen Militär, und die „Tobis“ nimmt auch verflucht gesalzene Preise für die Aufnahmen im Tonfilmatelier. Aber wenn man die Kiste schnell zusammenhaut, — und dann das Publikum, namentlich das weibliche, das seine Luise frißt, zumal heute bei der Hakenkreuzkonjunktur... Also wie wärs, Herr Carl Froelich?

Herr Froelich ist kein Unmensch. Er hat zwar eben noch mit „Mädchen in Uniform“ dem „Geist von Potsdam“ in die Schnauze gehauen, daß es nur so rauchte, — aber schließlich: „Geschäft ist Geschäft.“ Hauptsache ist, man verdirbt es sich nicht mit der Kritik. Vom „Lokalanzeiger“ und dem „Völkischen Beobachter“ allein kann man nicht leben. Wie sagte Goethe im „Vorspiel auf dem Theater“? „Laßt jeden auf seine Rechnung kommen“ — oder so ähnlich. Na kurzum: wir machen einen antändigen Parademarsch und ein bißchen Fridericus-Erinnerung: „Das sind die Fahnen der unbesiegten Regimenter Friedrichs des Großen“, flüstert Luise dem Zaren Alexander zu und verneigt sich tief, während er den Hut abzieht. Und dann mimen wir Kriegsstimmung im Theater beim Reiterlied aus „Wallensteins Lager“. So etwas springt allemal auf das Publikum über. Und der

Heldenprinz Louis Ferdinand, der bei Saalfeld den „schönsten Tod in der Welt“ stirbt, nachdem er seinen besoffenen Offizieren Beethoven-Sonaten vorgespielt hat. Und dann immer feste Mütterlichkeit und Duldermiene bei Frau Henny. Das kann man gar nicht dick genug auftragen. Rotz und Wasser müssen die Weiber heulen bei der Aufführung. Das muß doppelte Wäscherechnungen geben.

Was macht man, um dem Gemecker der Linkspresse aus dem Wege zu gehen? Man läßt das Manuskript von einem erfahrenen demokratischen Journalisten schreiben. Da ist z. B. ein gewisser Fred Hildenbrandt, der öfters im Rundfunk mimt. War vor kurzem noch Feuilleton-Redakteur beim „Berliner Tageblatt“. Der muß doch ungefähr wissen, was in den Kreisen um Mosse verlangt wird. Er kann sich ja mit zwei anderen zusammentun. So'n bißchen Pazifismus und so — „republikanisches Empfinden“, Reichsbannergefühle. Er kann ja aus der Königin Luise den „guten Genius“ Preußens machen, und außerdem den Freiherrn vom Stein auf die alten Hofgeneräle schimpfen lassen. Dann sind Ullsteins glücklich.

Wie gesagt, so getan. Herr Hildenbrandt und Genossen haben ein Manuskript zusammengewürfelt, das von Lügen strotzt. Die Mosse-Luise gibt der Ullsteinschen in dieser Beziehung nichts nach. Nur, daß sie viel trübseliger ist als Fräulein Christians. Henny kommt aus den feuchten Augen überhaupt nicht mehr raus. Zu neckischen Scherzen und Lustbarkeiten eignet sie sich mit ihrem matronenhaften Aeußern, das durch verwischte Photographie nur unvollkommen verdeckt wird, ohnehin nicht. Die Dame, die vom Freiherrn vom Stein als „Weibchen“, als „schlechte Mutter“ und ewig vergnügungssüchtig und verschwenderisch charakterisiert wird; das Luxusgeschöpf, das sich in der schwersten Not des Landes nicht einmal von seinen Juwelen trennen konnte und den einzigen brauchbaren Ratgeber ihres Gatten, eben Stein, gestürzt hat, weil er ihr die Vergnügungstour zu ihrem vergötterten Alexander nach Petersburg nicht genehmigte; dieselbe Luise, die aus Memel schrieb: „Wir leben von der Luft: mittags vier, abends nur drei Gerichte,“ und die ihrer Schwärmerei für den schönen Alexander zuliebe Preußen in den Krieg hineingestürzt hat — diese Luise erscheint im Film als eine weltabgewandte Büberin. Einen Hofstaat hat sie nach der Schlacht von Jena überhaupt nicht mehr. „Unsere Liebe ist deutsch, unsere Kinder sind deutsch“, faselt sie, die nur französische Briefe schrieb. Die Entlassung Steins, die ausschließlich ihr Werk war, kommentiert sie im Krankenbett mit: „Ich glaube, da hast du einen argen Fehler gemacht, er ist der edelste und beste Mensch. Du mußt ihn wieder holen.“

Im Hauptquartier von Jena taucht sie als schwarze Cassandra unheilahnend auf — während sie in Wirklichkeit in einer Phantasiuniform übermütig und siegestrunken im Lager herumgaloppiert ist, so daß es sogar dem Hof peinlich wurde. Daß der alte dumme Schulbuchschnind von den schweren Seelenkämpfen vor ihrer Begegnung mit Napoleon wieder aufgewärmt wird, ist selbstverständlich. In Wirklichkeit hat sie sich auf die Bestrickung des korsischen Teufels mit ihren weiblichen Reizen wie auf einen Karnevalscherz gefreut. Die entgegengesetzte Auffassung von opferwilliger Entsagung ergab sich freilich, wie auch der Regisseur ohne weiteres eingesehen haben dürfte, aus dem unleugbaren Fehlen dieser Jugendreize bei Frau Henny Porten. So wurde also die Not zur Tugend.

Indessen haben wir es ja nicht mit den Sorgen des Regisseurs zu tun, sondern lediglich mit der Gesinnung dieses Films, der vorgibt, ein Stück Geschichte darzustellen. Diese Gesinnung lehnen wir mit aller Schärfe ab: diese neue Idealluise ist ein einziger grober und höchst gefährlicher Schwindel.  
Harold.

## Der Ringtheaterbrand

Die furchtbarste Theaterkatastrophe der Welt

Am 9. Dezember 1881, also genau vor 50 Jahren, setzte ein Unglück die ganze Welt in Schrecken, stürzte hunderte Wiener Familien in Trauer. Das Ringtheater, eine der zwei Wiener Opernbühnen, wurde durch eine Brandkatastrophe vollkommen zerstört, Hunderte von Menschen fanden ihren Tod in den Flammen!

Am Abend des Schreckenstages gab man die Oper: Hoffmanns Erzählungen von Offenbach, deren deutsche Uraufführung einen Tag vorher an der gleichen Stätte erfolgt war. Der Beginn der Vorstellung nahte, das Theater war von einer erwartungsvollen Menge dicht gefüllt.

Auf der Bühne war auch schon alles bereit, man zündete eben die Gasbeleuchtung an. Aus einer bis heute ungeklärten Ursache entzündeten sich hierbei einige leicht brennbare Stoffe, die sogleich lichterloh aufflammten. Das Feuer breitete sich schnell aus und ergriff den Bühnenvorhang. Das Personal verlor den Kopf und, anstatt ans Löschen zu denken, stob alles in blinder Flucht auseinander. In der Verwirrung öffnete man auch eine große Tür im Hintergrund der Bühne.

Bis zu diesem Augenblicke hatte man im Zuschauerraum noch nichts bemerkt. Durch den entstehenden Luftzug wurde aber der große Vorhang in den Zuschauerraum hineingeweht, und ein Flammenmeer brach über die entsetzte Masse herein. Eine unbeschreibliche Panik brach aus. Alles drängte zu den Ausgängen, die engen, winkligen Gänge waren sofort von der kopflosen Menge verstopft, Menschen wurden zu Boden getreten, gräßliche Schreie durchdrangen das Haus. Zu allem Unglück waren die Ausgänge nur nach innen zu öffnen. So war es unmöglich, sie zu öffnen, die Menschen drückten verzweiflungsvoll dagegen. Andererseits waren auch die Tore zu massiv, um dem Anprall nachzugeben. Die Zuschauer waren in einer Mausefalle gefangen!

Das Feuer breitete sich im Theater mit rasender Geschwindigkeit aus, in wenigen Minuten stand das Haus bis zum Giebel in Flammen. Grauensvolle Szenen spielten sich im Innern ab, Menschen kämpften wie Wilde um ihr Leben; was sich in den Weg stellte, wurde rücksichtslos niedergetreten. Vergebens versuchten einige Besonnene, die Masse zur Vernunft zu bringen, ihre Stimmen verhallten ungehört.

Die Feuerwehr mit ihren schwachen Mitteln war machtlos. Beherzte Retter drangen immer wieder ins Haus ein, um Bewußtlose und halb Verbrannte zu retten, manche dieser Helden kamen nicht mehr aus den Flammen heraus. An den Fenstern der höheren Stockwerke erschienen Menschen, brennenden Fackeln gleich, denen das Feuer den Abstieg über die Treppen verwehrte und die sich nun verzweifelt aus den Fenstern stürzten, um meist zerschmettert auf der Straße liegen zu bleiben.

Über 450 Menschen kamen in den Flammen um, verbrannten, erstickten oder wurden zertreten. Von dem stattlichen Theatergebäude blieb nichts übrig, als ein rauchender Trümmerhaufen.

Als die Entsetzenskunde die Welt durcheilte, da griff man sich an den Kopf, fragte sich, wie ist es denn möglich, daß so etwas passieren kann? Wird denn für die Sicherheit so wenig gesorgt, daß ein Unglück von diesen Ausmaßen entstehen kann?

Der heilige Bürokratismus bedarf eines starken Stoßes, um sich in Bewegung zu setzen. Wie immer, wenn es zu spät ist, begann man jetzt an Schutzmaßnahmen zu denken. Und da erwies es sich, daß fast alle Theater lebensgefährliche Fallen waren, und daß man es nur einem glücklichen Umstand zuschreiben konnte, daß bisher noch kein solches Unglück geschehen war. Jetzt wurde der eiserne feuersichere Vorhang obligatorisch, die Zahl der Ausgänge wurde erhöht, die Gänge verbreitert und vor allem dafür gesorgt, daß die Türen nach außen zu öffnen sind.

Jahrzehntelang wagte man nicht, die Oper, die unschuldig die Ursache des Verhängnisses geworden war, aufzuführen; bei abergläubischen Gemütern war sie als Unglücksoper verschrien.  
Erco.

## Kleines Feuilleton

Polarexpedition der Sowjetunion

Das Arktis-Institut der Sowjetunion hat einen Plan für eine neue Polarexpedition ausgearbeitet, deren Weg von Archangelsk am Nordland vorbei nach den Neusibirischen Inseln, der Wrangel-Insel, der Tschukotsk-Halbinsel und dann weiter längs der Halbinsel Kamtschatka nach Wladiwostok führen wird. Die Expedition soll das Problem der Volksernährung in den nördlichen Randgebieten Sibiriens untersuchen und sich daneben mit hydrologischen, biologischen und meteorologischen Forschungen in der Arktis befassen. Der Eisbrecher „Russanow“ wird ihr zur Verfügung gestellt, ferner ein Flugzeug, das Erkundungsflüge zur Erforschung der Eisverhältnisse sowie aerologische Beobachtungen und Flüge in unerforschte Gebiete vornehmen soll.

# Der tägliche Vormarsch

Sachsen

Der Zwickauer Schutzbund hat am 6. Dezember seinen zweiten, über alles Erwarteten gut gelungenen Ausmarsch durchgeführt. 600 Schutzbündler marschierten zum Sportplatz und hörten nach Durchführung ihrer Übungen die anfeuernden Worte des Genossen Ludwig Hacke.

Auch im Bezirk Bautzen geht es vorwärts. In einer von 175 Personen besuchten öffentlichen Versammlung in Demitz-Thumitz versuchten KPD und Nazis ihre Heilslehren zu verkünden. Erfolg: Gründung einer SAP-Ortsgruppe, der sich sofort 15 Genossen anschlossen.

## Mitteldeutschland

Im Bezirk Braunschweig haben sich in Seesen und Blankenburg eine Anzahl rühriger Genossen zusammengefunden, die die Gründung von Ortsgruppen vorbereiten. Auch in den verschlafenen Harz-dörfern beginnt die SAP ihren Vormarsch.

# Regierungskrise in Oesterreich?

Großdeutsche gegen Creditanstalt-Gesetz

Wien, 6. Dezember

Der am Sonntag abgeschlossene Großdeutsche Parteitag hat unter stürmischem Beifall einstimmig einen Antrag angenommen, der die politische Entwicklung der nächsten Zeit entscheidend beeinflussen kann. Der Antrag lautet:

Der Reichsparteitag beauftragt die Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei, im Nationalrat gegen ein neues Creditanstalt-Gesetz zu stimmen und ihren Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen, wenn das Gesetz die Preisgabe an das ausländische Kapital, die Ueberfremdung der österreichischen Volkswirtschaft und die uneingeschränkte Fortdauer der unter unrichtigen Voraussetzungen ausgesprochenen Bundeshaftung zum Inhalt hat.

# Krach im österreichischen Parlament

Der Korruptionsfall Strafella

Wien, 4. Dezember.

Im Nationalrat kam es heute zu einem großen Krach bei Behandlung der sogenannten Lex Strafella, eines Sondergesetzes gegen den von der Regierung Vaugoin zum Generaldirektor der Bundesbahnen ernannten gerichtsnotorischen Häuserspekulanten und Inflationschieber Strafella. Die Christlichsozialen wollten dem sauberen Herrn noch ein halbes Jahr lang sein Gehalt von 24 000 Schilling auszahlen. Die übrigen Parteien lehnten das ab.

Der jetzige Heeresminister Vaugoin rächte sich, indem er behauptete, daß 250 sozialdemokratische Bahnangestellte vorbestraft seien wegen Mordes, Sittlichkeitsverbrechens usw. Auf den sehr berechtigten Zwischenruf „Verleumder“ von sozialdemokratischer Seite antworteten die Christlichsozialen mit den lebenswürdigen Rufen „Lumpen, Schufte, Saujuden“. Dr. Renner und Otto Bauer klärten dann den Schwindel auf und wiesen nach, daß es sich bei den „Straftaten“ lediglich um kleine Vergehen gehandelt hat, die samt und sonders amnestiert worden waren. Der „Mörder“ ist ein kleiner Bahnbediensteter, der als Kind noch den Tod eines anderen Kindes verschuldet hat! Das Ablenkungsmanöver Vaugoins, den Otto Bauer mit Recht als den wahren Angeklagten bezeichnete, scheiterte.

Das Gesetz, das Strafella das Recht auf Pension aberkennt und die Entlassung aller seiner von ihm in verschiedenste Ämter gebrachten Freunde bestimmt, wurde schließlich von allen Parteien angenommen. Aber Vaugoin bleibt weiter Heeresminister.

# Treibjagd auf Kommunisten

600 Verhaftungen in Mukden

Peking, 4. Dezember.

Auf Veranlassung des japanischen Oberkommandos hat die japanische Militärpolizei in Mukden ein großes Kesseltreiben gegen chinesische Kommunisten veranstaltet. Insgesamt wurden 600 chinesische Kommunisten verhaftet, bei denen für das japanische Heer bestimmte Flugblätter kommunistischen Inhalts gefunden wurden. Die Verhafteten werden durch das Kriegsgericht abgeurteilt werden.

Abrüstung der andern? Der sattsam bekannte „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ hat in München schon wieder eine Tagung abgehalten und dabei unter Drohreden die sattsam bekannte Forderung nach „Abrüstung der andern“ wiederholt.

Ministerreisen. Der belgische Außenminister Hymans ist am Sonntag in London eingetroffen und hat in der belgischen Botschaft Wohnung genommen.

Der polnische Außenminister Zaleski wird am Donnerstag in London eintreffen, um die Frage der Abrüstung zu erörtern.

# Der Kanzler von Köpenick

Noch ein Hitler-Interview — Er will nicht Reichspräsident werden — Keine franzosenfeindliche Politik — Aber Einheitsfront gegen Moskau

Berlin, 7. Dezember.

Eins muß man dem Mann von Braunau lassen — er ist ein glänzender Reklamechef. Diese Eigenschaft teilt er wie so manches andere mit seinem geistigen Vorgänger Wilhelm. Er hat es jedenfalls verstanden, das Ausland für sich zu interessieren. Zwar sind sich die ausländischen Blätter noch im Zweifel, ob es sich schließlich um eine „Köpenickiade“ handeln wird, aber die völlige Stummheit der Achtundvierziger-Regierung bestärkt sie mit Recht in der Annahme, daß Herr Hitler sich durchaus auf dem „Boden der realen Tatsachen“ bewegt. Es scheint fast, als ob die englische Presse in einen Wettlauf eingetreten wäre, um von dem kommenden Mann authentische Interviews ihren Lesern vorsetzen zu können. So veröffentlicht der „Sunday Graphic“ ein „neues und ausschließliches“ Interview, das die Nazi-Pressestelle allerdings als „in wesentlichen Teilen unzutreffend wiedergegeben“ bezeichnet.

Hervorzuheben ist daraus, daß der Trommler es als Unsinn bezeichnet, seine Kandidatur zum Reichspräsidenten aufzustellen.

Aber, so ließ er geheimnisvoll durchblicken, er habe schon seinen Mann. Im übrigen ist auch dieses Interview der Versuch, sich an England und Amerika anzubiedern, aber auch gleichzeitig seine Bereitschaft erkennen zu lassen,

seine Haltung Frankreich gegenüber zu ändern.

„falls eine verständigere Auffassung in Paris dies zulasse. Ebenso versichert sein „Gesandter“ Rosenberg in London, daß die Nationalsozialisten an sich keine franzosenfeindliche Politik wollten. Man sieht

also deutlich genug, daß der Hohlkopf Hitler insofern immerhin klüger ist als manche „Staatsmänner“, daß er die realen Machtverhältnisse berücksichtigt und — gesinnungslos wie er ist — jederzeit auch anders kann, persönlich gar nichts auf sein dummes Geschwätz von gestern gibt.

Es scheint dabei fast, als ob ihm von englischer Seite ein Tip nach dieser Richtung gegeben worden sei, denn nach einer Meldung der Telegraphen-Union haben Kreise, die der Regierung nahe stehen, ihm bedeutet,

daß es zwecklos sei, Hoffnungen auf angebliche Gegensätze zwischen England und Frankreich zu setzen, da England an der Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland im Rahmen der Völkerbundsverpflichtungen festhalten werde.

Es mag auch auf englischen Einfluß zurückzuführen sein, daß Rosenberg in London betont hat, daß die Nationalisten ihr Ziel auf verfassungsmäßigem Weg erreichen wollen, daß eine Diktatur nicht beabsichtigt sei, ja nicht einmal eine Aenderung der Verfassung von Weimar. Mit der sich allerdings — Herr Brüning hat es genügend gezeigt — ganz so regieren läßt, wie es den Nazis vorschwebt. Die Weimarer Verfassung, das ist ja, um es ganz deutlich zu sagen, nur noch der Artikel 48. Da der kommende Mann auch

die Antibolschewistenwalze in seinem Magazin

führt und sich für eine internationale Einheitsfront gegen Moskau festlegt, kann es ihm ja schließlich außenpolitisch nicht fehlen.

Daß das deutsche Proletariat dem verrückten Spiel nicht untätig zusehen darf und wird,

haben wir bereits am Sonntag ausgesprochen. Wenn der sozialistische „Populaire“ freilich meint, daß nach einer Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten die Sozialdemokratie, deren bisherige Haltung er verteidigt, gezwungen sei, andere Methoden zu ergreifen, und daß das den Bürgerkrieg bedeute, so dürfte er sich hinsichtlich der sozialdemokratischen Führerschaft allerdings in einem Irrtum befinden. Ein anderes ist, was diese Führerschaft dann noch bedeutet.

# Lehmann-Rußbildt verklagt Groener

In einem offenen Brief an den Reichswehrminister teilt Genosse Otto Lehmann-Rußbildt, den der Innenwehrminister Groener kürzlich in einem Artikel der „DAZ“ als „Verleumder“ beschimpft und den er wegen seiner antimilitaristischen Propaganda mit noch anderen Ekelnamen belegt hatte, mit, daß er dem Reichsminister Gelegenheit geben wolle, den Wahrheitsbeweis für seine tatsächlichen Behauptungen vor einem Berliner Gericht anzutreten.

In einem früheren Fall, wo Groener vor der Tribüne des Reichstages her ähnliche unqualifizierbare Äußerungen getan hatte, hat er bekanntlich dem beleidigten gerichtliche Genugtuung mit der Motivierung verweigern lassen, daß er „in Ausübung staatlicher Hoheitsrechte“ gehandelt habe.

Den Artikel in der schwerindustriellen Zeitung wird er kaum mit Erfolg als eine aus dem staatlichen Hoheitsrecht fließende Handlung auslegen und ausgeben können.

# Die Schweizer Arbeiter grüßen die SAP

Zwei Aussprüche sind typisch für die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter in der Schweiz: „Ich würde mich in Deutschland schämen, mich Sozialdemokrat zu nennen“. „Was haben wir Schweizer noch in der zweiten Internationale zu suchen, sie wird ja beherrscht von der deutschen Sozialdemokratie und diese Partei können wir nicht mehr als sozialistisch bezeichnen.“ Die deutsche Sozialdemokratie hat durch ihre Politik das Vertrauen der deutschen Massen in den Sozialismus erschüttert. Die Parteien, die der Sozialistischen Arbeiterinternationale angehören und weiter die Beherrschung der Politik durch Berlin dulden, werden die Verantwortung auf sich laden, den Glauben an die Möglichkeit internationaler Aktion zu erschüttern.

In den Reihen der zweiten Internationale verwirft man die Politik der dritten hauptsächlich mit dem Argument, daß ihre ganze Politik auf die Interessen Rußlands abgestellt sei. Das ist sicher weitgehend richtig und hat sich sehr verhängnisvoll ausgewirkt. Die Führung der III. Internationale hat mit ihren verfehlten politischen Methoden die Revolution in West- und Zentraleuropa nicht gefördert, sondern hintenangelassen. Nur haben gerade die reformistischen Mitglieder der zweiten Internationale keinen Anlaß zur Kritik; denn was sie unterstützen, ist noch schlimmer und sicher gerade so verhängnisvoll. Sie belassen ihre Internationale im Schlepptau einer Partei, die ihre revolutionär-sozialistische Ideologie mit der Anbetung des bürgerlichen Staates vertauscht hat und so ins Schlepptau einer reaktionären Regierung geraten ist.

Die Schweiz ist erst im Jahre 1926 der II. Internationale beigetreten. Dieser Beschluß kam nur zustande, weil der Eintrittsantrag damit begründet war, daß die Schweizer Partei die Aufgabe habe, innerhalb der Internationale revolutionierend zu wirken. Diesen Boden hat auch heute noch die Mehrheit der Schweizer Arbeiter nicht verlassen. In all meinen Versammlungen, die organisiert waren von den Lokalorganisationen der Schweizer Sozialdemokratischen Partei, kam

eine ungeheure Empörung gegen die SPD zum Ausdruck und überall schlug die Empörung auch über auf die Internationale. Voller Entrüstung warfen ihr die Arbeiter vor, daß sie nicht nur nichts unternehme gegen diese verhängnisvolle Politik, sondern sich sogar schützend vor die deutsche Partei stelle. Der Schweizer sozialdemokratische Arbeiter betrachte die als treulos, die in der SPD geblieben sind; denn er ist sich bewußt: Treu bleiben soll man nicht einer Organisation, einer Institution, einem Apparat — aber treu bleiben muß man dem Sozialismus. In den Augen der Schweizer Arbeiter hat die SPD den Sozialismus verraten; nach ihrer Überzeugung hält die SAP die Fahne des Sozialismus hoch. Der Schweizer Arbeiter ist nicht autoritätsgläubig und kann nicht verstehen, daß man Disziplin wahren soll einer Führung gegenüber, die das sozialistische Programm mit Füßen tritt. Niemals hätte der Schweizer Arbeiter am Parteitag die neun Panzerkreuzerinsager vor den Parteikadri zitiert; er hätte vielmehr der Fraktion, die gegen sozialistische Grundsätze verstößt, eine Lektion über sozialistische Disziplin erteilt.

Sicher ist: Die Schweizer Partei könnte im eigenen Lande noch so radikale Politik betreiben — wenn es ihr einfallen sollte, in der Internationale sich schützend vor den deutschen Reformismus zu stellen, würde sie die Einheit der Partei gefährden. Die Arbeiter merken mit feinem Instinkt, wie wichtig die Politik eines jeden Landes für alle anderen ist; sie merken, wie klein der Schritt von der Verteidigung einer falschen Politik anderer zur Übernahme des gleichen Fehlers ist.

In allen Versammlungen in den Kantonen Aargau, Bern, Waadt und Genf erhoben sich die Arbeiter gegen die Politik der SPD, erklärten ihre Solidarität für die SAP, emportrugen sich gegen den Kurs der SAI.

Diese Genossen grüßen die SAP und hoffen, es möge ihr gelingen, die noch im Schlepptau eines reaktionären, halbfaschistischen Staates aktionsunfähig gewordenen sozialdemokratischen Arbeiter rechtzeitig zu gewinnen, bevor der Faschismus zum Schlage ausholt.

Sie hoffen, daß die Arbeiterklasse Deutschlands ohne die bittere Erfahrung des Faschismus die Einheit unter dem Banner des revolutionären Sozialismus finden möchte.

Gertrud Duby.

# Neue Bolschewistenhetze?

Aus Wien bringt das dem Wolff-Büro angegliederte Conti-Nachrichtenbüro die folgende Sensationsmeldung:

Wien, 7. Dezember.

Ueber eine geheime Spionagezentrale mit dem Kurzwellessender in Baden bei Wien bringen die Wiener Montagsblätter ausführliche Berichte, denen u. a. zu entnehmen ist, daß die von der Behörde seit einiger Zeit eingeleiteten Erhebungen ergeben haben, daß man einer zweifellos internationalen kommunistischen Spionage-Zentrale, der bisher größten Europas auf die Spur gekommen ist,

die mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstet war, um unabhängig von Post und Telegraph mit ihren Hintermännern in Verbindung zu bleiben. Ueber die Namen der bisher Verhafteten kann mit Bestimmtheit noch nichts gesagt werden. Fest steht nur, daß sie alle über sehr reichliche Geldmittel verfügten, die ihnen offenbar vom russischen Geheimdienst zugekommen sind. Die Staatspolizei hat sich im Laufe des Sonntags mit den ausländischen Polizeibehörden ins Einvernehmen gesetzt, um möglichst rasch die Identität der Verhafteten festzustellen. Es wurden bisher drei Männer und zwei Frauen verhaftet. Festgestellt wurde gestern auch, daß außer der Badener Anlage noch in Wien-Neustadt eine Anlage errichtet wurde. Vor Abschluß der Erhebungen ist kein offizieller Bericht zu erwarten.

# Triumph der Sozialreaktion

Ein schwarzer Sonntag in der Schweiz

Basel, 6. Dezember

Nach dem Gesamtergebnis der Schweizer Volksabstimmung wurde die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung abgelehnt mit 513 239 Nein- gegenüber 388 786 Ja-Stimmen.

Die „Baseler Nationalzeitung“ nennt den heutigen Sonntag „einen schwarzen Tag“. Ein Werk der Menschenliebe sei gefallen, das Tausenden von mittellosen Greisen, Witwen und Waisen zu helfen bestimmt gewesen sei.

\*

Die grundsätzlich schon vor 6 Jahren beschlossene Versicherung sah nach der Gesetzesvorlage eine allgemeine Versicherung vor. Jeder Versicherte sollte mit dem 65. Jahre eine lebenslängliche Jahresrente von 200 Franken erhalten. Den Minderbemittelten sollten besondere Zuschläge bis 400 Franken im Jahre zukommen. Die Witwen- und Waisenversicherung sah für Witwen über 50 Jahre die Auszahlung einer Jahresrente zwischen 150 und 450 Franken, für Waisen 50 bis 300 Franken vor.

# Baissemanöver in Amerika

Schwerer Kurssturz für deutsche Anleihen

New York, 5. Dezember.

Ein groß angelegtes Baissemanöver führte im Verlaufe der Börse zu besonders schwe-

ren Kursverlusten für deutsche Bonds, die bis auf die Kurse südamerikanischer Anleihenwerte zurückfielen. Die 6prozentige Preußenanleihe schloß mit 17 vH., die 6½prozentige der Stadt Berlin mit 19 vH., die Anleihen der Stadt Nürnberg mit 18 vH., zahlreiche andere städtische und industrielle Anleihen stehen noch etwa 20 vH., so daß Effektivverzinsungen von etwa 30 vH. keine Seltenheit sind, ein Zeichen, wie stark der deutsche Kredit unterminiert worden ist.

Der Korrespondent der „Voß“ führt den Kurssturz auf ein Baissemanöver zurück, das von dem Gerücht ausgeht, Deutschland beabsichtige ein Moratorium für seine privaten Schulden zu erklären. Die Frage, ob nicht auch das in Amerika vorher angekündigte Hitler-Interview zu diesem Kurssturz beigetragen hat, glaubt die „Vossische Zeitung“ verneinen zu können, da die zuständigen deutschen Stellen dem Gerücht, daß Hitler noch im Laufe der Nacht die Macht ergreifen würde, entgegengetreten wären.

# Schwere Pfundverluste der Bank von Frankreich

Die bereits in der letzten Woche aufgetauchten Gerüchte von großen Verlusten der Bank von Frankreich durch den Pfundsturz werden nunmehr bestätigt. Die Verluste belaufen sich bisher auf etwa 2½ Milliarden Franken.

# Arbeiter-Sport vom Sonntag

## Der Fußballmeister der Odergruppe ermittelt

Fußballabteilung Britz (b. Eberswalde) schlägt Hertha-Neuenhagen 4:1 (2:0)

Vor einer stattlichen Zuschauermenge fand am Sonntag das Endspiel um den Gruppenmeister statt. Vom Anstoß an hielten beide Mannschaften alles aus sich heraus und spielten auf Sieg. Britzs Aktionen werden allmählich ruhiger und zusammenhängender. Nach längerer Überlegenheit fallen zwei wohlverdiente Tore für die Britzer, allerdings erschwert der starke Wind den Herthalern die Abwehr. Hertha versucht mit aller Macht aufzubrechen, besonders der Mittelläufer wirft den Sturm immer wieder nach vorn — ohne Erfolg, keiner aus der Fünferreihe kann schießen. Nach dem Wechsel wird — wie immer in solchen Fällen — aus der Überlegenheit der Britzer ein schwerer taktischer Fehler: Hertha stellt um, dreht auf und erzielt ein Tor. Britz will den Vorsprung wieder vergrößern, was ihm auch — nicht ohne allzu hartes Spiel — gelingt. Noch zweimal wird der Schlussmann der Neuenhagener bezwungen. — Der Sieger stellte eine eifrige, manchmal zu eifrige Mannschaft, die aber in den Schlusspielen die Bezirksmeisterschaft sicherlich viel eher vermögen zeigen wird.

Aus der Kreisliga weilt Adler 08 mit drei Mannschaften bei den Wilmsdorfern zu Gäste. Im Spiel der ersten Mannschaften trat der alte Fehler der Adlerleute zutage: ständige Überlegenheit, Zusammenschließen des Gegners, kein Durchkommen vor dem Tor, dazu noch Verpassen reichlicher Schußgelegenheit! Kurz vor der Pause holt der Halblinke zwei Tore heraus. Dabei verbleibt es. Selbst einige Bombenschüsse des Mittelläufers aus dem Hinterhalt können den Wilmsdorfer Torhüter nicht überwinden. Er hält einfach alles und ist an dem guten Ergebnis hauptsächlich beteiligt.

Die 2. Mannschaften trennten sich 6:0, die 3. Mannschaften 4:0 für die Pankower.

### In der Kreisklasse

gelang es wider Erwarten der Mannschaft des Butab der Lichtenberger 1 eine 2:1-Niederlage beizubringen. Minerva 28 und Luckenwalde 2 trennten sich nach aufregendem Spiel unentschieden 3:3. Hertha 11 und Teltow spielten 4:0. Hansa befestigte seine Stellung als Spitzenreiter über Zehdenick mit einem 2:0-Sieg und ist damit sicherer Aufstiegsanwärter. Saxonia gewinnt gegen Weißensee Bez. 5:0. Hansa 2 gegen Zehdenick 2 5:1. Butab 2 gegen Lichtenberg 1, 2 mit 11:1 Toren.

### Hochbetrieb im Handball-Lager

Trotz aufgeweichter Spielplätze herrschte am Sonntag ein reger Spielbetrieb. In der Kreisklasse sicherte sich der Kreismeister Wedding 1 gegen Hennigsdorf mit 17:2 seine unangefochtene Führung. Wedding begann erst mit neun Mann, um sich später auf zehn Spieler zu verstärken. War noch bis Halbzeit ein Resultat von 4:2 als ausgeglichen zu bezeichnen, zeigt doch das Schlussresultat die wahrhaft überlegene, vollständig überlegen gewann auch Wedding 2 über Oberspre mit 5:1 (3:1). Durch eine bessere Gesamtleistung erwarb Mahlsdorf von Luckenwalde-Sportler mit 7:3 (3:1) die Punkte. Nordring schlug Schöneberg 4:2 (1:0), Osten überraschend Nowawes 5:4 (2:2). Wedding 3 erreichte mit viel Glück gegen Nordost ein Unentschieden. 2:2 hieß es bei Halbzeit, 5:5 bei Schluss.

In den Bezirken waren ebenfalls teilweise recht aufregende Punktspiele. Im 1. Bezirk (Osten) blieb Osten 2 über ASC 1 hoch mit 12:1 (0:1) Sieger. FC. Oberspre 1 schlug Mahlsdorf 2 6:1. Kaulsdorf 2 schickte Oberspre 2 mit 7:1 (4:0) nach Hause. Fichte gewann knapp gegen Schweifsterne 2:1. Kanu 2 wurde knapper Sieger über RV. Vorwärts 1913 mit 4:3. Die Freien Faltbootfahrer erzielten ein 5:1 (2:0) über Kanu 1. Collegia—Schweifsterne 1 trennten sich 3:1. Das Frauenspiel

Osten—Kaulsdorf endete 2:0 (1:0). Bei der Jugend siegte Kaulsdorf über SC. 30 7:3 (3:1) und Mahlsdorf über Nowawes 8:2 (2:1).

Im 2. Bezirk (Norden) mußten die meisten Spiele wegen Spieluntauglichkeit der Plätze abgesagt werden. Hier trennten sich Tegel—Friedrichsthal 10:2 (3:2). Die Frauen vom FSV. Tegel blieben Sieger über FTGB. Baum-schulenburg mit 4:1 (2:1).

Auch im 3. Bezirk (Westen) konnten nur zwei Spiele ausgetragen werden. Spandau 1 holte sich von Bornstedt mit 3:2 (2:0) die Punkte. Die 2. Mannschaften erzielten ein 1:1. Nicht anders ging es dem 4. Bezirk (Süden), von dem nur zwei Resultate bekannt wurden. Schöneberg 3 blieb über Berlin 12, 2 knapper Sieger mit 2:1 (2:0). Ebenso knapp blieben Schönebergs Frauen über Fichte mit 2:1 (2:0) Sieger im Punktspiel.

### Hockey

Der Verein für Leibesübungen Osting 1 mußte gegen Volkssport Neukölln-Eritz 1 beide Punkte lassen. Sie verloren 0:3. Volkssport Neukölln steht nun ungeschlagen an der Gruppenspitze. Der Athletik-Sportklub gewann im Rückspiel erneut gegen den Arbeitersportver-

ein „Rot-Weiß“ 2 diesmal entschiedener mit 6:2 Toren. In der anderen Gruppe mußte der Arbeitersportverein „Rot-Weiß“ 1 gegen „Tennis-Rot“ 1 ein unentschiedenes 2:2-Resultat hinnehmen. Der Verein für Leibesübungen Osting 2 gewann gegen die Freie Sportvereingung Pankow 3:1. Weitere Resultate: Arbeitersportverein Schöneberg 07—Athletiksportklub 2 2:0. Sportverein Moabit 3—Arbeitersportverein „Rot-Weiß“ 3 1:0. Verein für Leibesübungen Osting 3—Volkssport Neukölln 2 6:1. Arbeitersportverein „Rot-Weiß“ Jgd.—„Tennis-Rot“ 4 3:2.

In den Frauenspielen siegten die Frauen vom Verein für Leibesübungen Osting gegen „Tennis-Rot“ 2 überlegen 6:0. „Tennis-Rot“ 1 brachte den Frauen vom Arbeitersportverein „Rot-Weiß“ eine Niederlage von 3:1. Volkssport Neukölln-Britz und die Freie Sportvereingung trennten sich 4:0.

### Wasserball

Union—Neptun-Weißensee (Serienpiel) endet 9:5 (5:0).

Neptun trat zu diesem Spiel ersatzgeschwächt an und zeigte nur unzusammenhängendes Spiel. Union kann mit wenig Mühe zu fünf Toren in der ersten Halbzeit durch ein gutes Zusammenspiel gelangen. Erst in der zweiten Halbzeit kann Neptun durch energisches Spiel auch seinerseits zu Erfolgen kommen. Union beherrscht jedoch auch hier durch seine bessere Kombination das Spiel und gewann verdient mit 9:5.

## Keine Entscheidung bei der Schlesischen Kreismeisterschafts-Vorrunde

### Schlechtes Sportwetter — Trotzdem gute Spiele.

#### VfB. Brieg—Eiche-Hindenburg 1:1

Man hatte geglaubt, daß mit dem letzten Vorrundenspiel die endgültigen Gegner für die Zwischenrunde um Schlesiens Fußball-Kreismeisterschaft ermittelt sein würden. Wieder einmal kam es anders. VfB. Brieg, die in der letzten Zeit eine blendende Formverbesserung aufweisen, boten dem ober-schlesischen Meister ein Paroli. Schlechtes Wetter und damit schwere Bodenverhältnisse machten die Fortsetzung des Spieles unmöglich.

Zum Spiel selbst hatten sich reichlich 600 Zuschauer eingefunden. Die erste Halbzeit sah den Brieger Meister gleich im Vorteil. VfB. konnte zum Wechsel eine 1:0-Führung für sich buchen. Dann dominierte Eiche-Hindenburg. Die gute Hintermannschaft der Brieger ließ sich aber nur einmal überwinden, so daß bei Schluß der regulären Spielzeit das Spiel 1:1 stand. Wann das Entscheidungsspiel zwischen beiden Mannschaften stattfinden wird, ist im Moment noch nicht bestimmt, so daß die weiteren Spiele um Schlesiens Kreismeisterschaft wahrscheinlich erst nach Weihnachten ihre Erledigung finden dürften. Auf alle Fälle sollte aber das Wiederholungsspiel dieser beiden Meister eines der besten und spannendsten werden.

#### Im Waldenburger Bergland

kamen eine Reihe interessanter Gesellschaftsspiele zum Austrag. U. a. konnte der Bezirksmeister Freie Sportfreunde Waldenburg über VfR. Freiburg einen glatten 3:0-Sieg feiern. Hochwald-Hermisdorf fertigte Adler-Weißstein 2:0 ab. Eiche-Nieder-Salzbrunn konnte gegen die Sportfreunde Dittersbach nicht bestehen und wurde 4:2 geschlagen. Die in vorzüglicher Form befindliche Ring-Sandberg-Mannschaft ließ sich auch von Pfeil-Fellhammer nicht aus dem Konzept bringen und siegte 4:1.

#### Interessante Gesellschaftsspiele

Bedingt durch das schlechte Wetter fiel ein großer Teil der zestrigen Spiele aus. Die anderen litten unter dem schlechten Bodenverhältnissen und stellten an die Spieler hohe Anforderungen. Einen erfreulichen Erfolg für die Arbeiter-Sportbewegung brachte das Werbespiel in Domschau. Trotz des schlechten Wetters hatten sich innerhalb über 300 Zuschauer in Domschau eingefunden. Im übrigen wird gemeldet:

Blauweiß—Wacker 0:0. Die Blauweißmannschaft scheint mit der Erneuerung des Bezirksmeistertitels ihre letzte Energie verbraucht zu haben. Kann schon das Versagen im ersten Kreispiel gegen Grimberg überraschend, so ist das Unentschieden gegen Wacker am Sonntag kaum zu verstehen. Es soll dabei nicht gesagt

sein, daß Wacker eine schlechtere Mannschaft wäre, aber die letzten Spielresultate Wackers ließen vermuten, daß neuer Bezirksmeister Blauweiß gegen den Meister des Blauweiß siegen würde. Man kann auf das Spiel des Vorabends, VfL. am kommenden Sonntag gespannt sein. — Ein sehr hartes Spiel kam vom Anstoß ab in Gang. Obwohl Blauweiß zeitweilig das bessere Zusammenspiel zeigte, konnte durch die Energielosigkeit des Sturms nichts erreicht werden. Die zweite Halbzeit brachte ein völlig ausgeglichenes Spiel und verlief gleichfalls torlos. — Das Spiel der II. Mannschaften gewann Blauweiß mit 5:3.

Tasmania—Fortuna 4:1. Es war wirklich ein Werbespiel! Die junge Fortunamannschaft gleich die technische Überlegenheit Tasmanias durch Reserven aus, konnte aber nicht verhindern, daß Tasmania bis zur Pause eine 4:1-Führung erlangte. Wesentlich besser spielte Fortuna nach dem Wechsel, jedoch mangelte an Strafraum das Verständnis der Stürmer untereinander.

Eintracht—Schmoltz 3:2. Nach kurzer Spieldauer verlor Schmoltz durch ein Unglück den Eintrachtern zur Führung. Bis zum Wechsel erhielt Eintracht diesen Vorsprung auf 3:0. Unmittelbar nach Wiederbeginn dreht Schmoltz den Spieß um und erzielt durch Elmerer das erste Tor. Minuten später steht das Spiel 3:2. Die kurze Zeit reicht aber nicht mehr zum Ausgleich.

Trebnitz—VfR. 6:1. Die Trebnitzer, die von Anfang an überlegen spielen, haben zum Wechsel eine 4:0-Führung herausgekämpft und erläutern den Sieg in zwei weiteren Toren in der zweiten Hälfte auf 6:1. VfR. kann Mitte der zweiten Hälfte zum Elirenter gelangen.

Union—Vorwärts 7:1. In wechselvollen Angriffen erzielt Vorwärts das Führungstor, muß aber bis zur Halbzeit den Ausgleich zulassen. In der zweiten Hälfte ist Union glatt überlegen.

Hundstiel—Naditz 1:1. In hartem Spiel erkämpft Hundstiel bis zur Pause ein 2:0. Nach dem Wechsel holt Naditz zunächst ein Tor aus, ohne verhindern zu können, daß Hundstiel durch zwei weitere Tore obiges Resultat herstellt.

Oels—Herold 2:1. Trotz der Überlegenheit der Oelser erzwang Herold im überaus hartem Spiel ein 1:0 bis zur Pause. Unmittelbar nach Wiederbeginn verschenkt Herold einen Elmetter, kämpft aber bis 20 Minuten vor Schluß unverdrossen. Erst dann lassen sie nach, so daß Oels den Ausgleich und kurz darauf durch ein zweites Tor zum Siege kommt.

Sturm—1924 II 0:0. Bereits zur Pause war 1924 restlos geschlagen. — Herrpötsch—Ransera 8:0. Ransera lag zur Pause bereits 5:0 im Nachteil. — Rapid gegen Askanja 5:1. Bis zur Pause gelang jeder Mannschaft ein Erfolg. Nach Wiederbeginn zeigt der Mittelläufer Rapid ein blendendes Aufbauspiel. — Strehlen—Vorwärts 4:2. Durch Elmetter im Tore von Halblinks und Mitte hatte sich Strehlen bis zum Wechsel eine 3:0-Führung gesichert. Nach der Pause holt Vorwärts ein Tor auf, ein kurze Zeit später das 4:2 herzustellen. Dann jedoch beherrscht Strehlen wieder das Feld.

Die beste Bezugsquelle für alle Werktätigen in Radio-Artikeln jeder Art Beleuchtungskörpern Ausführung elektrischer Anlagen und dergl. ist die Breslauer Elektriker-Genossenschaft e. G. m. b. H. Reußenhölle 38 — Neuweltgasse 5 Tel. 56722 Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes und Gewerkschaften

## Sächsische Fußball-Ergebnisse

Bezirk Leipzig. Bennewitz—Grimma 0:2; Schönfeld—Gieritzsch 3:2; Sportlust—Eiche 5:3; Fußballring—Pegau 4:1; Süd-West gegen Vorw.-West 2:5; Paunsdorf—Viktoria 1:2; Nord—Südost 4:1.

Bezirk Dresden. Pieschen—Löbtau 3:0; Cotta—Klotzsche 8:1; Kleinnaudorf—Birkigt 6:3; Eintracht—Helios 4:4; Potschappel gegen DBV. 15 2:5; Meißen—Heidenau 1:2; Süd gegen Radebeul 5:4; Weixdorf—Neustadt 4:2; Radeberg—09 5:1; Kamenz—Dölzsch 2:2.

Bezirk Chemnitz. Sachsen—Freiheit-Taura 5:3; Favorit-Chemnitz—Friesen 5:2; Glauchau gegen Wilkau 2:3; VfL. Meerane—Altenburg-Thür. 5:1; Vorw.-Chemnitz—Eintracht-Altmittweida 3:3; Olbernhau—Leubsdorf 4:5; Mittelbach—Niederhaßlau 3:1.

Bezirk Mittweida-Döbeln. Rasensport-Döbeln—Rößwein 7:1; DBC-Döbeln—Frankenberg 4:1; FC. Waldheim—Pfeil-Chemnitz 4:1; Rasensport-Döbeln—VfL. Riesa 7:1; Geringswalde—Leisnig 3:4.

Bezirk Burgstädt-Limbach. Claufnitz gegen Herrenheide 9:1; Burgstädt—Engelsdorf 1:5; Bertelsdorf—Reichenbrandt 1:2; Herrenheide gegen Röhrsdorf 3:3.

### Handballresultate.

Bezirk Dresden. Dresden-Süd—Wachwitz 3:1; Reick—Pirna 2:12; Kötzschenbroda gegen Coschütz 3:7; Striesen—Radeberg 7:5; Reichenberg—Moritzburg 6:2; Kamenz—Großröhrsdorf 4:7; Kaditz—Rabenau 13:4; Allstadt—Ottendorf 7:7.

Bezirk Zwickau. Zwickau T.u.SpVgg. geg. Planitz 5:7; Wilkau—Aue 13:1; Werdau gegen Zwickau, Schedewitz 1912 4:2; Cainsdorf geg. Reinsdorf 11:7.

Bezirk Freital-Freiberg. Niederhäßlich gegen Heidenau 3:7; Tharandt—Siebenlehn 6:4; Deuben—Meißen 8:3; Niederperstewitz—Siebenlehn 4:11; DBV. 1915—Birkigt 6:2; Spielerinnen: Potschappel—Heidenau 1:3.

Bezirk Meißen-Riesa. Großhain—Riesa Sportvgg. 2:6; Wohlau—Strehla 3:1.

Bezirk Plauen. Haselbrunn—Oberreichenbach 11:3; Eiche-West—Eiche-Ost 5:2; Raffball; Oelsnitz—Oelsnitz TV. 1 6:6.

Bezirk Mittweida-Döbeln. Sörmitz gegen Hartha 5:3.

### Im Vogtland

siegte im Ausscheidungskampf um die Bezirksmeisterschaft nach ausgezeichnetem, äußerst fairem Spiel der Meister der 2. Gruppe, Spielvereinigung 23, mit 4:3 über Elfeld, den Meister der 1. Gruppe. (Bericht folgt morgen.)

## Kleine Sportnachrichten

### Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Achtung! Wer kann uns mitteilen, aus welchem Verein bzw. Abteilung die Genossen Karl Bodo und Langner sind? (Trümpfkanzelgeheim!) Nachrichten an das Kartellbüro!

Die erste Vereinslehrstunde für Frauen findet am Mittwoch, 9. Dezember, pünktlich 19:20 Uhr statt. Jede Frauenbildung entscheidet 2-3 Genossinnen, die als Lehrerinnen ausgebildet werden sollen.

Die zweite Lehrstunde für Turnfrauen Mittwoch, 9. Dezember, von 20:30-22 Uhr. 2. Frauen- und 1. Männer-Abteilung. Mittwoch, 9. Dezember, 19:30 Uhr. Fern-See-Rittst. 1. Erika-Kastner-Abtd. Musikinstrumente mitbringen.

9. Männer-Abt. Freizeitsport. Donnerstag, 10. Dezember, 19 Uhr. Funktionärversammlung. Zusammenf. 12. Dezember, 19 Uhr. Jahresversammlung. Versandbücher zum abbestellen mitbringen. Beide Versammlungen finden bei Rallmann statt.

6. Männer-Abt. Donnerstag, 10. Dezember, 19:30 Uhr. Jugendversammlung bei Altman.

Tennis-Abt. Donnerstag, 10. Dezember, 19:30 Uhr. Jahresversammlung bei Kirsch. Dienstag, 7. Dezember, 20 Uhr. Vorstandssitzung.

8. Männer-Abt. Mittwoch, 9. Dezember, 20 Uhr. bei Kirsch. Steinst. Monatsversammlung mit wachsender Tagesordnung.

Vereinsjugend. Sonnabend, 12. Dezember, 20 Uhr. Vereinsjugendversammlung im Stadtlichen Ballers. Interessantes Referat. Reserves-Ersteher Pflicht. Ältere Genos. willkommen.

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Die Kartellversammlung für Mittwoch, den 9. Dezember, tritt aus 19 Uhr auf Mittwoch, den 10. Dezember, verschoben. Zimmer 6 Gewerkschaftshaus.

Jiu-Jitsu-Anfängerkursus: Am 11. Dezember beginnt in der Turnhalle, Andersstraße ein Anfängerkursus für Jiu-Jitsu. Meldungen werden jeden Dienstag und Freitag entgegengenommen. Billige Kursgebühren. Beginn 20 Uhr.

### Freie Sport- und Schützenvereinigung

Abt. Prenzlauer Berg

Am Donnerstag, dem 11. 12. 31, M.-V. 8½ Uhr bei Reche, Metzler Straße 26. Erscheinen Pflicht.

### Volkshöhne

7. Nord 2946

8 Uhr

Rudolf Forster

in

Der grüne Kakadu

und

Der Kammerjäger

Stärkt

den

Dresse

Fonds

## Kennen Sie schon die Wochenzeitung der Partei?

Benutzen Sie bitte den angrenzenden Bescheinigung zur Werbung in Ihrem Wirkungskreis! Ich bestelle

### „SWZ“

Erscheinungsort Berlin

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Monatsbezugspreis 0,60 RM.

Name: .....

Wohnung: .....

Dem Kolporteur oder Briefträger zu übergeben

### Bezieher der Zeitschrift „Der Klassenkampf“

die von ihren Buchhandlungen nicht beliefert werden, wenden sich direkt an die Freie Verlagsgesellschaft, Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

### Sachsen

#### Schutzhemdchen!

Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen

Kurt Baumann

Niederhölzow Zw., Rosenthaler Str. 51.

Preis pro Hemd M. 3.10 / Teiltahl.

Ausschneiden! Aufheben!

#### Phönix-

#### Nähmaschinen

auch andere Marken Fahrräder,

Wasch- und Wringmaschinen in

reicher Auswahl zu niedrigen Preisen

Friedrich-Güther, Neusaalza-Spremberg,

NB., Grammophon und Zubehör

Ausverkauf

Zum Weihnachtsfest

empfehle ich mein großes Lager in

Herren-, Damen- und Kindergarderoben,

sowie Manufakturwaren zu den bekannt-

billigsten Preisen

Ad. Menzels Nachf. H. Fiebiger

Neusaalza-Spremberg i. S.

Verkaufsstelle der weltbekannt-

und beliebtesten Biele-Kleidung